

Nr. 470

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

LUCHAR ES VIVIR
VIVIR ES AMAR

25.2.90



LESE-EXEMPLAR / NICHT MITNEHMEN

INHALTE:

- 05: Köpi bleibt
- 06: Antifa-Demos
- 07: Nachbereitung
Muldentale-Demo
- 10: Castortransport
Lingen-Ahaus
- 14: PKA-Belagerung
Gorleben
- 15: Anti-AKW-Diskurs
- 18: Volxsport HH
- 20: Mumia Demo HH
- 21: Kommune-Info-Tour
- 22: Anti-EXPO-Treffen
- 23: Autonome Gedenken
Auschwitz
- 25: Antifa-Göppingen
- 27: Anti-Autobahn-DD
- 28: 8. März Demo
- 29: Termine

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

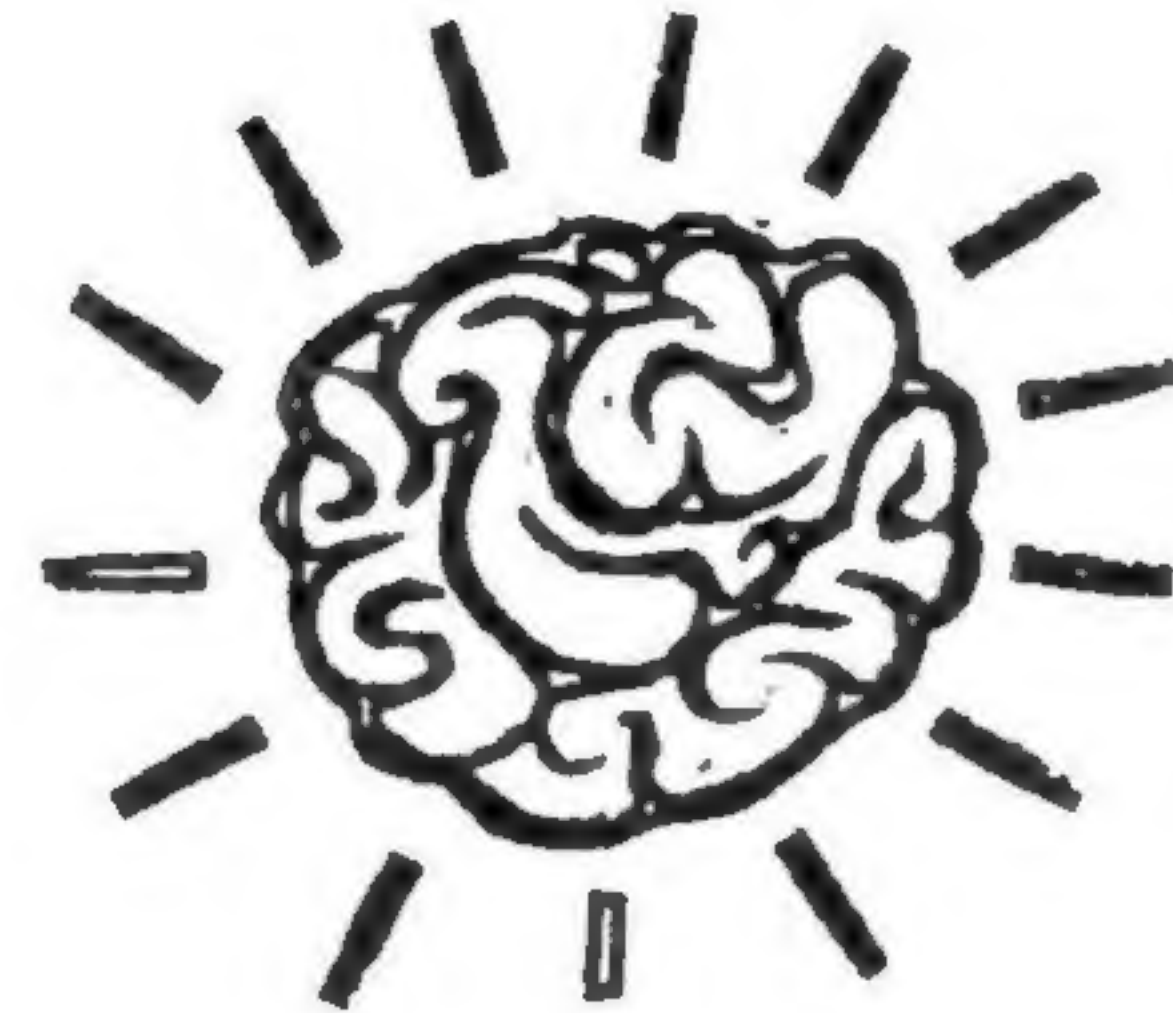
V. I. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

OrdnerInnenliste:

- Bullenübergriff Bochum
- Anti EU/WWG (nur im P-Tiger!)
- Sozial- u. Arbeitsamt
- Weiße Flecken (zur Stalislismus-Debatte)

**WUT UND TRAUER**

Der algerische Flüchtling Omar ben Noui ist in der Nacht zum 14.2. in Guben von einem Mob faschistischer Jugendlicher in den Tod gehetzt worden. Mindestens ein Teil der Gubener Bevölkerung äußert daraufhin dumpfen rassistischen Mist ab und Stolpe & Co ärgern sich nur darüber, daß das Investitionsklima wieder getrübt ist. Die Staatsanwaltschaft blubbert was von einem "tragischen Unfalltod" und die zuständige Richterin läßt die Nazis laufen.

All das ist schon drei Tage später völlig uninteressant, denn es passiert das sattem bekannte und es stellt sich die Frage, was haben wir mit Öcalan und seiner gewaltsamen Entführung in die Türkei zu tun? Nichts oder nicht viel könnte man vermuten, zumal wenn man die relativ lasche Beteiligung der Szene an VV, Demo und Aktionen bedenkt.

Ist ja auch nicht einfach: Der Mobilisierungsgrad in der Szene ist z. Zt. ohnehin nicht besonders hoch. Und dann dieses sperrige Thema: 'irgendwas' zu Kurdistan zu machen ginge ja noch; aber sich dann zur PKK verhalten und erst recht zu ihrem Vorsitzenden, der hinsichtlich Personenkult, inner-linker 'Streitkultur' und Optik irgendwie an einen bekannten sowjetischen Politiker der 30er Jahr erinnert.

Dies begründet für uns und für viele andere eine kritische Distanz zur PKK. (Von einer gelegentlichen Ignoranz gegenüber der gesamten Thematik einmal abgesehen.)

Von sozialrevolutionären Positionen ausgehend gilt unser Interesse eher den emanzipatorischen Prozessen an der Basis etwaiger Befreiungsbewegungen als den Organisationen selbst; welche sozialen Konflikte also die kurdische Gesellschaft durchziehen, die durch den entlang ethnisch-nationaler Linien verlaufenden Krieg maßgeblich bestimmt wird.

Wie verändert sich beispielsweise das tradierte Rollenverständnis junger Frauen, die als PKK-Guerrilleras zu einem anderen Selbstbewußtsein gefunden haben? Die, vielfältig mit Gewaltsituationen konfrontiert, gelernt haben diese nicht immer nur als Opfer zu bestehen.

Oder wie verhalten sich die landlosen BäuerInnen, die sich gemeinsam das Land ihrer (vor der Regierung oder der PKK geflohenen) Großgrundbesitzer angeeignet haben? - Und wie verhält sich die PKK gegenüber sozialen Forderungen, die sich an Großgrundbesitzer, Dorfvorsteher u.ä. richtet, die der PKK nahestehen? (eine eher rhetorische Frage.)

Was bedeuten schließlich die Erfahrungen aus Krieg und Guerilla für junge Frauen und Männer, die nach der Entvölkerung riesiger Landstriche, an die Ränder türkischer Großstädte vertrieben wurden und sich hier als Billigarbeitskräfte durchschlagen müssen. Oder die noch weiter migriert sind und sich in der BRD mit rassistischer Hetze und Ausgrenzung konfrontiert sehen?

Fragen wie diese spiegeln eher unseren Bezug zu 'Kurdistan' wider, stehen aber einer ebenso dürftigen Informationslage (wie Praxis) gegenüber.

Und welche Rolle spielt nun die Entführung Öcalans sowohl in der kurdischen Gesellschaft, in der sozialen Konflikte sehr stark durch die beiden Kriegsparteien bestimmt sind als auch in der Türkei allgemein?

Massenverhaftungen unter kurdischen und türkischen Linken, der nationale Taumel türkischer Rechter und Faschisten, das weitere Aushöhlen von Menschenrechten, die neuerliche Militärintervention im Irak, wie auch eine allgemeine Festlegung auf die militärische Lösung des 'kurdischen Problems' lassen hier die Vermutung zu, daß die Entführung Öcalans ein roll back für Linke einleitet, dessen Ausmaß noch abzuwarten ist.

Richtet mensch den Blick auf die jüngsten Ereignisse in der BRD so drängen sich hier eine Fülle an Ansatzpunkten für unser eigenes Verhalten auf.

Die faktische Gleichschaltung von Medien und Politik in der gegenwärtigen Kurden-Hetze (vor allem der ersten Tagen) mündete unverzüglich in der Ankündigung schnellerer Abschiebung kriminalisierter 'kurdischer Demonstranten'.

In der von der CDU-Unterschriftenkampagne angeschobenen 'Ausländer-Debatte' entlarvte sich die rot-grüne Regierung mit der Rücknahme des schon dürftigen Angekündigten und versucht andererseits über die Androhung weiterer Verschärfungen rechtes Terrain zu besetzen: Mehr Polizei, mehr Überwachung usw. Mindestens in Berlin herrscht ein faktischer Ausnahmezustand mit Kontrollstellen an vielen großen Straßen und Versammlungsverbot. Über den Mord an den drei KurdInnen werden verschiedene und unvereinbare Versionen von israelischer und deutscher Seite verbreitet, wobei klar ist, daß beide Seiten lügen und jede die Verantwortung von sich weist. Die BRD ist weiterhin Kriegspartei in Kurdistan und deutsche Waffen und deutsches Geld morden immer noch in aller Welt - zur Zeit besonders in Kurdistan. Alles in allem gibt es also genug zu tun. Sowohl für die der PKK gegenüber solidarische als auch ihr kritisch gegenüberstehende Menschen.

An dieser Stelle möchten wir ein paar Kriterien zu unserer zukünftigen Veröffentlichungspraxis von Vergewaltigungen anbringen. Nach unserer Meinung ist das Selbstdefinitionsrecht der Frau, ob sie vergewaltigt worden ist oder nicht, vorrangiges Prinzip. Diese der Frau eingeräumte Macht wollen wir nicht einschränken. Wir haben uns entschlossen, zukünftig keine Beschreibung des Tathergangs mehr zu veröffentlichen. Eine Beschreibung zwingt die betroffene Frau in eine Rechtfertigungsposition. Da wir aber davon ausgehen, daß der Frau ein Selbstdefinitionsrecht zusteht, braucht sie sich auch nicht zu rechtfertigen, wenn sie davon Gebrauch macht. Es steht ihr zu! Unsere Überlegung, in Zukunft keine Tatbeschreibungen mehr abdrucken zu wollen, richtet sich also nicht gegen die betroffene Frau und stellt auch keine Zensur dar.

Unsere KollegInnen der letzten Nr. erwähnten bereits in ihrem Vorwort, daß in unserer Publikation nicht alle Beiträge abgedruckt werden, die uns erreichen. Es gibt keine Veröffentlichungsgarantie für Texte. Wie ihr alle wißt, gibt es unterschiedliche Gründe dafür, ob ein Text gedruckt wird oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit einer Veröffentlichung schwindet, wenn die

Absender uns beschimpfen, politisch falsche und unsinnige Behauptungen aufstellen und diese ihrem Text beilegen. Texte, die Sachverhalte darstellen, die bereits in einem früheren Heft gebracht wurden, werden unter Umständen nicht gedruckt, wenn sie nach unserer bescheidenen Meinung keine neuen Erkenntnisse enthalten. Z.B. brachten wir bereits eine Nachbereitung zur LL-Demo in der Nr. 468 und haben deshalb einen weiteren Beitrag über die Demo in den Ordner gepackt.

Noch was zum Schluß: aus dem uns zugesandten Material zur Globalisierung werden wir eine Extra-Ausgabe fabrizieren, welche demnächst erscheinen wird.

3 000 Polizisten setzten Demonstrationsverbot in Berlin durch

Berlin glückte am Wochenende einer belagerten Stadt. Die Berliner Polizei demonstrierte angesichts befürchteter Ausschreitungen von linken Gruppen und Anhängern der verbotenen Kurdenpartei PKK deutliche Präsenz. Etwa 3 000 Polizisten aus Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Hessen waren im Einsatz. Sie wurden unterstützt von mehreren Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes (BGS). Die erwarteten Krawalle blieben jedoch bis zum Sonntagabend aus. Am Sonntagmorgen hatte der Vorstand der kurdischen Gemeinde in Deutschland am israelischen Generalkonsulat einen Kranz niedergelegt. Der Generalsekretär Filinta Adsiz forderte die Bestrafung der israelischen Schützen, da die Demonstranten im Konsulat nicht bewaffnet gewesen seien. Adsiz warnte seine Landsleute vor Gewalttaten, da Gewalt dem Anliegen der Kurden schade.

Alle Demos verboten

Der geplante Protestmarsch „Gegen das Massaker an kurdischen Demonstranten“ vom Breitscheidplatz über den Kurfürstendamm

„Es kam zu kleinen Rangeleien am Rande.“

Beate Schmidt, Sprecherin der Berliner Polizei

zum türkischen Konsulat, der am Sonntag nachmittag stattfinden sollte, war von der Innenverwaltung verboten worden. Daraufhin wurde die Demonstration vom Veranstalter kurzfristig abgesagt.

Trotzdem hatten sich gegen 15 Uhr rund 150 Menschen aus der linken Szene auf dem Breitscheidplatz in Charlottenburg versammelt. Sie entrollten Transparente, auf denen „Gegen das Massaker an kurdischen Demonstranten“ zu lesen stand. Nachdem die Polizei über Lautsprecher zweimal Platzverweise ausgesprochen hatte, räumten



die Beamten gegen 15.20 Uhr den Platz vor der Gedächtniskirche. „Dabei kam es am Rande zu kleinen Rangeleien“, sagte Polizeisprecherin Beate Schmidt. Fünf Personen wurden festgenommen. Kurden nahmen nach Angaben der Polizei nicht an der Demonstration teil.

Abends wurden an der Urania starke Kräfte zusammengezogen. Anlässlich der Berlinale vergab die Heinrich-Böll-Stiftung den Friedensfilmpreis an den türkischen Beitrag „Weg zur Sonne“. In dem Film über eine kulturübergreifende Freundschaft wird erstmals seit vielen Jahren in einem türkischen Film kurdisch gesprochen.

Besonders scharfe Kontrollen führte die Polizei am Mehringdamm in Kreuzberg durch. Dort waren Hunderte Beamte zusammengezogen. Polizeifahrzeuge blockierten die Einfahrten zum kurdischen Emigrantenverein – ein Zentrum der PKK-Anhänger in Berlin. Viele Besucher wurden kontrolliert, dabei kam es zu mehreren Festnahmen unter anderem wegen illegalen Aufenthalts.

Vertreter linker Gruppen warfen am Sonntag den Behörden vor, das Demonstrationsrecht aufgehoben zu haben. Ein Sprecher sagte, die Behörden inszenierten in Berlin den Ausnahmezustand.

Spekulanten Auf's Maul

AKTION

Versteigerung verhindert ! Köpi bleibt - erstmal

Am Sa. den 13. Feb. 1999 gingen fast 2000 Menschen für den Erhalt der Köpi auf die Strasse. Trotz repressiver Kontrollen vor und massiver An- und Übergriffe zu Beginn der Demonstration konnten sich die TeilnehmerInnen durchsetzen und die Demo zu Ende führen. Es gab 27 grundlose Festnahmen und mehrere Verletzte. 1 Schwerverletzter lag mehrere Tage im Krankenhaus. Zur Kundgebung am Dienstag vor dem Amtsgericht Mitte kamen dann trotz super schlechten Wetters 150-200 Leute, um den Investoren klar zu machen:

Die Köpi kriegt Ihr NICHT !!!

Das Gericht war mit Polizeikräften und Absperrgittern abgeriegelt. Die eigentlich „öffentliche“ Versteigerung begann um 10⁰⁰. Es gab 19 Sitzplätze für die Investoren, Gläubiger etc., 5 für die Presse und ebenfalls nur 5 für die Öffentlichkeit.

Bei der Verhandlungseröffnung gab es noch folgende Neuigkeiten:

Die Gläubiger teilen sich wie folgt auf:

Berliner Commerzbank	2,7 Millionen DM
Landesbank Berlin	0,5 Millionen DM
Land Berlin Finanzamt Wilmersdorf	0,9 Millionen DM
	4,1 Millionen DM

Es gibt eine Baugenehmigung für die Errichtung eines Vorderhauses und für die Sanierung des jetzigen Bestandes.

Weiter gibt es Baugenehmigungen für eine Grundstücksübergreifende Bebauung und eine dazugehörige Abrißgenehmigung!

Die Genehmigungen wurden vom Bau- und Wohnungsamt Mitte erteilt.

Um 10 Uhr 23 wurde die Auktion eröffnet. Es war eine halbe Stunde Zeit zu bieten.

Als es kein Gebot gab wurde die Verhandlung um 10 Uhr 53 eingestellt !!!

Es liegt jetzt an den Gläubigern, ob und wann Sie eine neue Zwangsversteigerung beantragen.

Anwesend waren auch einige Eigentümer der anliegenden Grundstücke, der Vertreter der Berliner Commerzbank Herr Kurt und der für die Petersen & Partner KG arbeitende Dipl.- Ing. Manfred Schulz.

Dieser Schulz hat schon fertige Baupläne, um aus unseren Haus ein Botschafts und Kulturzentrum zu machen. Angeblich hätte er Kontakte zu 37 Botschaften aufgenommen, wobei möglicherweise 1 auch Interesse hätte !?

Klar ist, daß es demnächst einen weiteren Versteigerungstermin geben wird...

Klar ist auch, daß die KÖPI bei der nächsten Versteigerung „billiger“ angeboten werden muß und das die Investoren das auch Wissen ...

Klar ist auch für uns:

LOTTA CONTINUA

KÖPI Bleibt - Risiko Kapital

Schokoküsse für Bank

□ „Köpi 137“ gegen Zwangsversteigerung

Etwa 40 Unterstützer und Bewohner der Köpenicker Straße 137 haben gestern mittag kurzzeitig die Commerzbank-Filiale am Kottbusser Tor besetzt. Sie protestierten dagegen, daß ihr Wohnraum „Profitinteressen der Spekulanten überlassen“ werde. Das ehemals besetzte Haus in Mitte soll für mindestens 3,8 Millionen Mark zwangsversteigert werden. Die Commerzbank ist Gläubiger des bisherigen Eigentümers. In einem

Gutachten werden die Köpi-Bewohner als Hausbesetzer bezeichnet, obwohl sie seit Jahren Mietverträge haben. Da der Geschäftsführer der Bank nicht zu sprechen war, hätten sie die Filiale wieder verlassen und mit Schokoküssen beworfen, berichtete ein Teilnehmer. Für morgen um 14 Uhr ab Hermannplatz und Dienstag um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Mitte rufen sie zu Kundgebungen gegen die Versteigerung auf

Freitag, 12. Februar 1999 □ die tageszeitung

Nazi-Aufmarsch verhindern !

Die NPD plant, am 27.2.99 in Magdeburg einen Nazi-Aufmarsch unter dem Motto: „Keine deutschen Pässe für Ausländer!“, zu veranstalten. Sie will die, durch die rassistische Hetzkampagne der CDU, aufgeheizte Stimmung nutzen, um auf Stimmenfang zu gehen.

**Das werden wir nicht hinnehmen !
Kein Nazi-Aufmarsch - nicht in
Magdeburg oder sonstwo !**

Wir werden mit dem Zug von Berlin aus nach Magdeburg fahren, um mit einer starken antifaschistischen Demonstration unseren Protest zum Ausdruck zu bringen und um vor Ort zu sein, damit wir den Nazis in die Suppe spucken können.

Treffpunkt:

27.2.99 7:15 Uhr
Ostbahnhof Berlin

Antifa-Infotelefon:

030/ 2 756 0 756

0172/ 3017429 (Infotel. MD)

Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) Engeldamm 68 10179 Berlin

„Regierung für Anschläge mitverantwortlich“

□ Potsdam – Der brandenburgische CDU-Vorsitzende Jörg Schönbohm hat der Landesregierung erneut Mitverantwortung für die jüngsten Anschläge auf Einrichtungen und Mitglieder seiner Partei zugewiesen. Seit Januar gab es fünf Angriffe in Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion der Christdemokraten gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Die Regierung habe seit Jahren rechtsfreie Räume zugelassen, hieß es in einer Mitteilung. So werde in der Landeshauptstadt eine gewaltbereite linke Szene toleriert. *dnr*

23 Scheiben eingeschlagen

POTSDAM (ADN). Bedingt einsatzbereit: Im Erdgeschoß des Potsdamer Kreiswehrersatzamtes sind in der Nacht zu Donnerstag 23 Fensterscheiben eingeschlagen worden. Den Schaden entdeckte nach Polizeiangaben ein Soldat am Morgen. Als Tatgegenstand konnte lediglich der Pflasterstein sichergestellt werden, der eine Scheibe im ersten Stock zerschlug. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur und somit auch jeder Hinweis darauf, ob es sich um Wehrdienstgegner handelt.

TREFFPUNKT: 1200 Uhr
Leipzig-Hbf. (Gl. 20)

Letztes Koordinierungs- und Infotreffen
am Donnerstag, 25.2.99 (2000 Uhr) beim
Offenen Antifaschistischen Plenum

Weg mit dem Nazi-Spuk in Wurzzen!

antifaschistische Demonstration

den rechten Konsens
durchbrechen!
Kein Fortbreit den Faschisten!

Infotelephone: 0177/5931628
Mo: 20 bis 22 Uhr
Do: 18 bis 20 Uhr

am Sa., den 27.02.1999

**WURZEN & UMLAND
NICHT IN NAZIHAND!**
→ KEIN FUSS MIT DEN FASCHISTEN!

14.00 Uhr

Bahnhof Wurzzen

Vorschlag für ein Konzept für einen Castor-Transport vom Kernkraftwerk Emsland (KKE) in Lingen

Für Aktionen anlässlich eines Castor-Transportes vom KKE in Lingen sehen wir die gesamte Bahnstrecke zwischen Lingen und Münster als Aktionsfeld. Diese Strecke ist sowohl für einen Transport nach Ahaus, als auch für einen Transport nach Sellafield die einzig mögliche Transportstrecke, in diesem Bereich hat die Atomindustrie keinerlei Alternativen, sieht mensch einmal von einem Straßentransport ab. Einen solchen halten wir allerdings für unrealistisch, da das KKE einen Gleisanschluß besitzt, der schon nach wenigen Metern auf die Hauptstrecke mündet; das BZA Ahaus hat ebenfalls einen Gleisanschluß, der Castor müßte also nicht umgeladen werden und könnte über die Schiene das BZA in kürzester Zeit erreichen. Bei einem Transport nach Sellafield ist ein Straßentransport schon allein wegen der langen Wegstrecke unrealistisch, zudem sind auch in der Vergangenheit die Transporte immer auf der Schiene abgewickelt worden.

Ein großes Problem bei einem Transport nach Ahaus ist die extrem kurze Wegstrecke. Da wir nicht davon überzeugt sind, daß ein möglicher Transporttermin auch veröffentlicht wird, ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, daß mensch von einem Transport rechtzeitig erfährt. Wir gehen davon aus, daß zumindest das Ende des Transportstopps angekündigt wird. Beim konkreten Transporttermin kann auf keinen Fall davon ausgegangen werden, daß dieser bekannt wird; vielleicht allenfalls die Transportwoche, vielleicht aber auch nicht. Deshalb muß ein Konzept auf jeden Fall von einem nicht-angekündigten Transport ausgehen, egal, wie der/die einzelne das auch einschätzen mag.

Die Strecke Lingen-Münster ist eine vielbefahrene Strecke. Wir müssen dafür sorgen, daß am Transporttag außer dem Castor-Zug keine weiteren Züge fahren. Dies kann durch Ankündigungen geschehen, daß wir auf jeden Fall auf die Schiene gehen werden, so daß den Verantwortlichen keine andere Möglichkeit bleibt, als den normalen Zugverkehr am Transporttag auszusetzen. Hier besteht vielleicht auch eine Möglichkeit, den Transporttermin zu erfahren, denn wenn wir nicht schon durch einen Stopp des Personenverkehrs auf den Transporttag hingewiesen werden, so muß die Strecke bei einer derartigen Ankündigung auf jeden Fall von der Polizei gesichert werden, und zumindest dadurch können wir etwas mitkriegen.

Entlang der Strecke müssen vielfältige Strukturen geschaffen werden. Eine alleinige Fixierung auf Camps halten wir für unklug, da die Erfahrungen beim X4-Transport gezeigt haben, daß die Polizei Camps schnell verbieten und räumen kann. Hier sollten wir auf Vielfalt und Unberechenbarkeit setzen. In Münster würde sich z.B. die Möglichkeit bieten, Leute dezentral unterzubringen, so daß die Polizei nicht gleich alles im Blick und unter Kontrolle hat. Daher können wir uns Münster als einen Schwerpunkt des Streckenkonzeptes vorstellen. Auch über mobile Campstrukturen, wie sie auch an anderen Standorten schon angedacht worden sind, muß diskutiert werden. Trotz aller Vorteile, die eine solche Struktur bringen kann, sehen wir dabei einige Probleme, die wir in den Griff kriegen müssen. Zum Einen wäre da der Informationsaustausch untereinander. Mobile Strukturen erschweren die Möglichkeit, Absprachen zu treffen, oder zu realistischen Einschätzungen zu kommen (wie viele Leute sind an welchen Orten), und Aktionen zu koordinieren. Außerdem steht eine mobile Struktur schnell vor dem Problem, vor einer Polizeikette zu stehen und nicht weiterzukommen. Wie verhalten wir uns in einer solchen Situation? Mobile Campstrukturen machen es für Anreisende, besonders für Unorganisierte schwer, an Infos zu kommen, und sich irgendwie einzubringen. Deshalb muß es auch feste Anlaufpunkte geben, die aufgesucht werden können, wo Infos erhältlich sind usw., also praktisch „traditionelle“ Camps. Hier sollte darauf geachtet werden, daß der Polizei möglichst wenig Möglichkeit gegeben wird, das Camp in irgendeiner Weise zu be- oder verhindern (z.B. durch möglichst viele Campzufahrten wegen Abriegelung usw.)

Konkret auf Lingen bezogen denken wir, daß Aktionen direkt in Lingen nicht sinnvoll sind, da das AKW am südlichen Stadtrand liegt und der Transport in Richtung Süden fährt. Am Gleisanschluß des AKW wird es schwierig, Aktionen durchzuführen, da der Bereich durch die Polizei leicht abzusperren ist, so daß es schon schwierig werden wird, dorthin zu kommen. Hinzu kommt, daß vor kurzem ein Zaun am Gleisanschluß gezogen wurde, der das Aktionsfeld noch weiter einengt. Sinnvoller erscheint es uns, Aktionen an der Strecke hinter der Stadtgrenze zu beginnen, hier ist zu prüfen, wo evtl. die Möglichkeit besteht, ein Camp zu organisieren, was sich aufgrund der obrigkeitshörigen Bevölkerung sicher noch als Problem erweisen wird.

Ein Vorteil für uns ist, daß es entlang der Strecke mehrere Initiativen gibt, die an Ihrem Ort Aktionen vorbereiten können, Camps einrichten und dgl.. Außerdem halten wir es für wichtig und wünschenswert, daß standortunabhängige Gruppen sich bereit erklären, Aufgaben zu übernehmen, d.h. z.B. ein Camp zu organisieren oder Aktionen vorzubereiten. Deshalb brauchen wir ein Treffen, in dem sich all die Gruppen zusammensetzen, die an der Strecke Lingen-Münster etwas machen wollen. Das erste Treffen findet am 28. Februar in Münster statt.

Kritikpunkt 1: Stellungnahmen der BI Ahaus zum Standortzwischenlager Lingen

Unser erster Kritikpunkt betrifft das Verhalten der BI Ahaus zum Thema Standortzwischenlager in Lingen. Nach Bekanntmachung des Vorhabens durch die VEW hat die BI eine Presseerklärung u.a. auch an die Linger Lokalpresse verschickt, in der es u.a. hieß, ein Standortzwischenlager sei nur akzeptabel mit einer klaren Stilllegungsperspektive für das betreffende Atomkraftwerk. Für uns handelt es sich dabei um eine Forderung, die wir nicht akzeptieren können, und die übrigens auch im Widerspruch zum Beschluß des Standorttreffens vom 9.1. in Göttingen steht. Wenn die BI erklärt, mit einer klaren „Stilllegungsperspektive“ (was immer das heißt) den Bau dezentraler Zwischenlager akzeptieren zu können, steht sie damit im Widerspruch zu unserer Position und der Position der Anti-Atom-Bewegung. Für uns steht weiterhin die Forderung nach einem Sofortausstieg auf der Tagesordnung, und für einen solchen braucht mensch keine dezentralen Zwischenlager. Wir lehnen das Zwischenlager in Lingen ab, auch wenn es angeblich zeitlich befristet werden soll. Wir wollen das AKW Lingen an seinem Dreck ersticken lassen und nicht durch ein Standortzwischenlager den Weiterbetrieb sichern, genau das bedeutet aber die Forderung der BI, die dies in einem Interview in der Jungen Welt und zuletzt auf der Bürgerversammlung am 21.1. in Lingen nochmals wiederholt hat, und das obwohl wir die BI auf dem letzten Delitreffen darauf aufmerksam gemacht haben. Daraufhin wurde uns zugesichert, das Problem zu diskutieren, die Formulierung mit der „Stilllegungsperspektive“ sei ja wirklich etwas unglücklich. Trotzdem wurde diese Position weiter so vertreten. Wir gehen ja auch nicht nach Ahaus und erklären, daß wir das Zwischenlager dort unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren würden. Die Ahauser Gruppen würden mit Recht auf die Barrikaden gehen. Es scheint, als würde beim Thema dezentrale Zwischenlager noch Diskussionsbedarf bestehen, wie denn nun die Position der Anti-Atom-Bewegung ist.

Kritikpunkt 2: Rolle von X-tausendmal quer im Widerstand

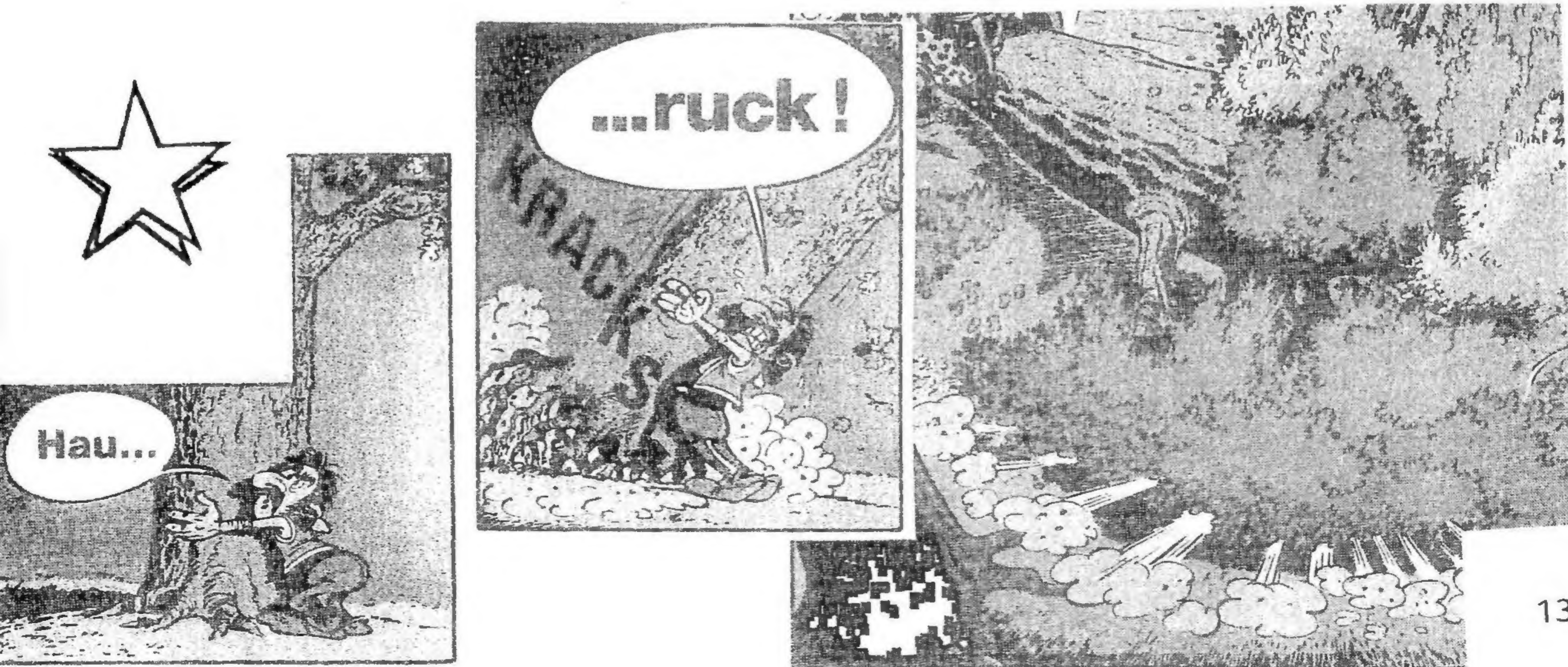
Seit kurzem gibt es ein „Vernetzungstreffen“ zum Thema Lingen, das jeden ersten Montag im Monat in Lingen stattfindet. Entstanden ist dieses Treffen aus einem „Informationstreffen“ für X-tausendmal quer, auf dem diese Informationen über den Standort erhalten wollten. Auf dem Treffen, auf dem wir nicht vertreten waren, wurde dann beschlossen, sich doch einfach mal regelmäßig zu treffen und ein Vernetzungstreffen aufzuziehen.

Wir können dieses Treffen in der jetzigen Form nicht akzeptieren. Wir finden es nicht korrekt, daß eine Gruppe von außerhalb ein Treffen zum Thema Lingen anleiert, ohne mit der Gruppe, die den Widerstand in Lingen zu einem großen Teil trägt, Rücksprache zu halten.

Bei uns ist der Eindruck entstanden, daß X-tausendmal quer durch diese Treffen den Widerstand in Lingen dominieren will, mit der Motivation, Standorten, an denen nichts läuft, „zum Widerstand zu verhelfen“. Wir wissen allerdings nicht, wie X-tausendmal quer zu der Einschätzung kommt, in Lingen würde nichts laufen. Wir finden es ziemlich anmaßend, unter dem Vorwand der „Standortunterstützung“ einzelne Standorte für sich an Land ziehen zu wollen, so kommt es uns jedenfalls vor. Dieser Eindruck konnte auch in Gesprächen mit den betreffenden Gruppen nicht ausgeräumt werden. Das Konzept von X-tausendmal quer, wie es bei den vorhergehenden Transporten durchgeführt wurde, sieht vor, bei Aktionen weitgehend unter sich zu bleiben. Auch beim kommenden Transport will X-tausendmal quer ein eigenes Camp organisieren und eine große Blockade durchführen. Wir sind der Meinung, daß es keine Extrawürste für irgendwelche Gruppen geben darf, und daß sich auch Gruppen mit eigener bundesweiter Struktur, wie X-tausendmal quer, sich mit der restlichen Anti-Atom-Bewegung abstimmen müssen. Natürlich wollen wir mit X-tausendmal quer, wie auch mit anderen auswärtigen Gruppen zusammenarbeiten, und halten ebenfalls ein Vernetzungstreffen zum Thema Lingen für notwendig. Aber mit der Art und Weise, mit der dieses Treffen zustande gekommen ist, können wir uns nicht abfinden. Auch die Einladung für das zweite Treffen dieser Art wurde von X-tausendmal quer verschickt, die dadurch bestimmen, wer dazu eingeladen ist. Dazu kommt, daß wir den Termin Montags abends für ziemlich ungünstig halten, vor allem für auswärtige Gruppen. Das aber nur am Rande.

Mittlerweile haben wir selbst zu einem Koordinationstreffen eingeladen, das am 28.2. in Münster im UWZ stattfindet, was aber keineswegs als Spaltungsversuch verstanden werden soll. Auf diesem Treffen soll vielmehr - unter Einbeziehung von X-tausendmal quer - gleichberechtigt für den möglichen Castor-Transport von Lingen nach Ahaus oder Sellafield geplant werden können, was wir bei dem bestehenden Treffen als nicht gegeben ansehen.

Autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen



ANTI-ATOM Politics

Ausstieg? HA! HA! HA! Die große VERARSCHUNG!!! RotGrün, die Modernisierer der Atomwirtschaft?!



- Die Atomwirtschaft hat sich bisher in den "Konsens"gesprächen unter Ausschluß der kritischen Öffentlichkeit in **ALLEN** Punkten durchgesetzt
- Die Wiederaufarbeitung wird vorzeitig beendet, ohne daß die Atom-Konzerne zahlen müssen. Den Zeitpunkt bestimmen die Betreiber selbst.
- Neue Zwischenlager an den AKW-Standorten, ein alter Wunsch der Atomlobby, kann nun realisiert werden. Schröder/Trittin haben kurzfristige Baugenehmigungen zugesagt.
- RotGrün hat den Betreibern Hilfe bei drohenden Entsorgungengpässen, notfalls gegen den Widerstand der Basis, zugesichert, d. h. Castor-Transporte werden wieder genehmigt und durchgeführt.
- RotGrün hat die Kapazitäts-Verdopplung der Urananreicherungsanlage Gronau bereits genehmigt. Die Betreiber haben die Gunst der Stunde genutzt und sofort eine erneute Verdopplung auf nunmehr 4000 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr beantragt.
- Mittel für das Kernfusionsprojekt Greifswald sind von der SPD-Forschungsministerin Buhlmann aufgestockt worden.
- Siemens baut mit Zustimmung von RotGrün nicht nur an mehreren AKW's in Rußland, Weißrußland, Litauen, Ukraine Tschechien, Slowakei, Ungarn und Bulgarien, auch eine Stromleitung für den Import des Atomstroms ist bereits im Bau. Nicht zu vergessen, das Bemühen von Siemens der Türkei zur Atomtechnik/-waffen zu verhelfen, sowie der Export der Hanauer Brennelementfabrik nach Rußland.
- Die Gesamtbetriebsdauer der AKW's bis zu insgesamt 50 - 60 Jahren festzuklopfen scheint unter den Gesichtspunkten, daß nur die Vollastlaufzeiten gerechnet und Stillstandszeiten abgezogen werden, durchaus realistisch.

Die grüne Regierungspartei hat bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Zustimmung der Grünen zu diesen Plänen als Erfolg verkaufen soll und an einer Marketingkonzeption bastelt, wie denn die nächsten Castortransporte zu vermitteln seien. Von Realitäten und Notwendigkeiten, Machbarkeit, Primat der Politik, Einstieg in den Ausstieg usw. wird dann die Rede sein, wohlgerne von Leuten, die ehemals angetreten sind den Fortschrittsglauben, Rüstungs-, Männlich- und Machbarkeitswahn am Beispiel der Atomtechnologie zu bekämpfen. Verbitterung macht sich breit an der grünen Basis, "wie könnt ihr euch bloß derart über den Tisch ziehen lassen" fragen sich viele, die ersten Parteiaustritte sind die logische Konsequenz. Wer jetzt immer noch an die Aufrichtigkeit der Grünen und auf die Durchsetzungsfähigkeit aufrechter Grüner im Rahmen des parlamentarischen Systems glaubt, dem/der ist nun wirklich nicht mehr zu helfen. Aber was heißt das für uns?

Höchste Zeit für eine gemeinsame Aktion!!!

Aktionen gegen die Gorlebener Pilotkonditionierungsanlage (PKA) am 27.2.99! Kondition, hat das was mit Sport zu tun, und wozu wird der Pilot gebraucht, oder was? Die PKA ist ein zentraler Bestandteil der Atommüllproblematik und des Standortkonzepts in Gorleben, da die Castoren ansonsten nur am AKW entladen oder repariert werden können. Irgendwann müssen die Castoren aber entladen werden, spätestens wenn sie undicht werden. Die PKA ist fast fertig gebaut (ca. 1 Milliarde Mark hat das Ding bisher gekostet) Die öffentliche Anhörung für die letzte Teilerrichtungs-Genehmigung soll im Frühjahr stattfinden.

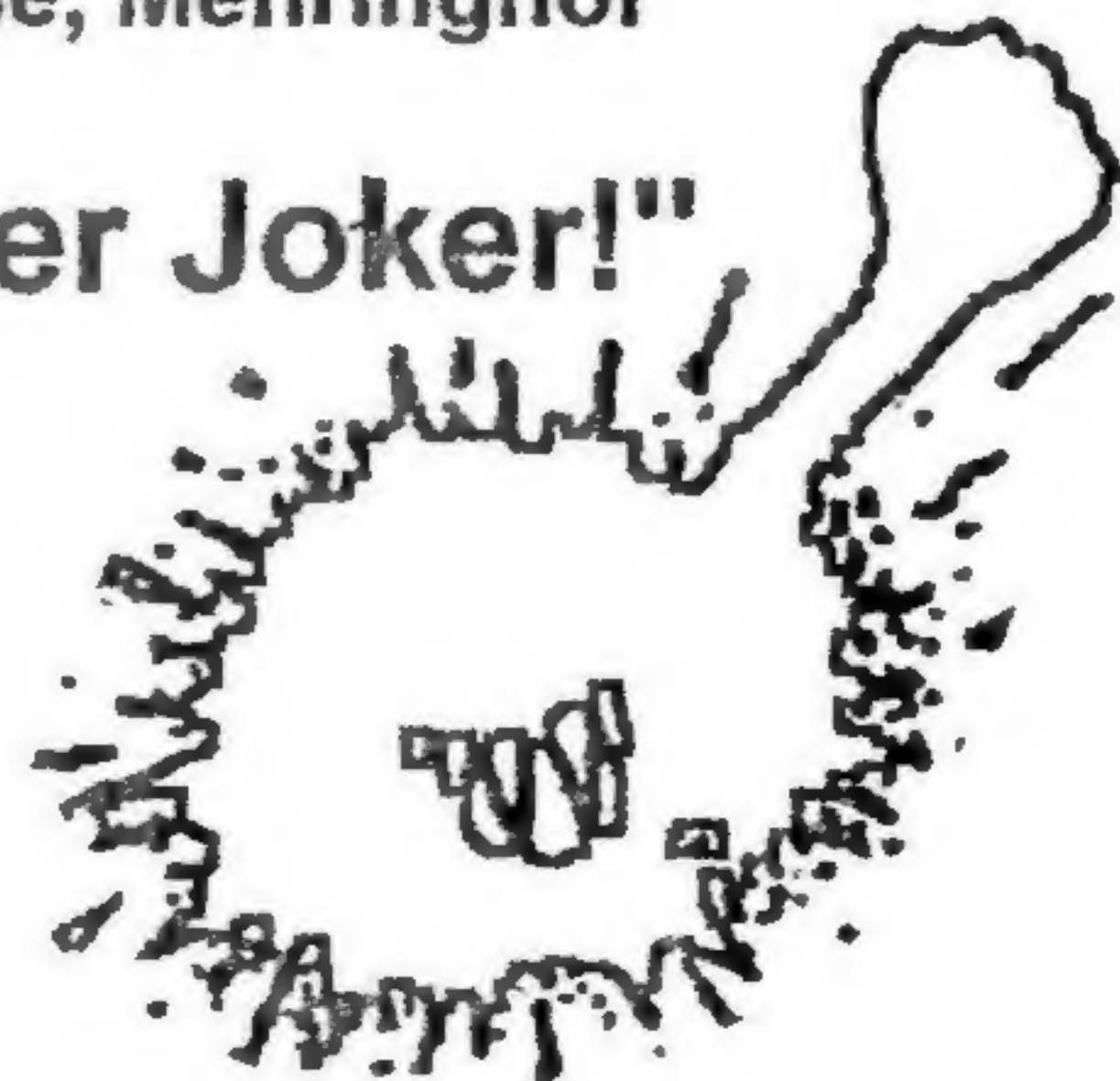
Die erste Atomanlage, die unter RotGrün in Betrieb gehen soll!

Kommt alle am **Samstag den 27. Februar 1999** nach
Gorleben zur Belagerung der PKA.

11 Uhr Demo ab Gedelitz, 12 Uhr Kundgebung, Errichtung eines Sandsackwalls (Generalprobe für den nächsten Castor-Transport!), Wendländische Spezialitäten, Verpflegung mit Pommes rot/grün, Feuer und Flamme, Mucke gibts auch, Und anderes mehr Laßt euch was einfallen!!!

Von Berlin aus fahren wieder Busse!!! Samstag 27. Februar 6 Uhr früh! Rosa-Luxemburg-Platz
Rückfahrt noch am gleichen Tag, Busfahrkarten gibts im Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof

"Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker!"



- V
- u
- A
-
sch
"H
we
Dro
Ob
bal
we
fü
"S
st
li
ze
au
da
in
so
ze
al
so
entp
bili
men
szen
lich
wie
Daue
patr
ausg
schw
haft
zept
hone
Vier
Kämp
eine
Sich
Tats
gebl
Knei
als
scha
tant
Die
ents
mich
gege
Link
siv
fall

-
-
-

-
-
-

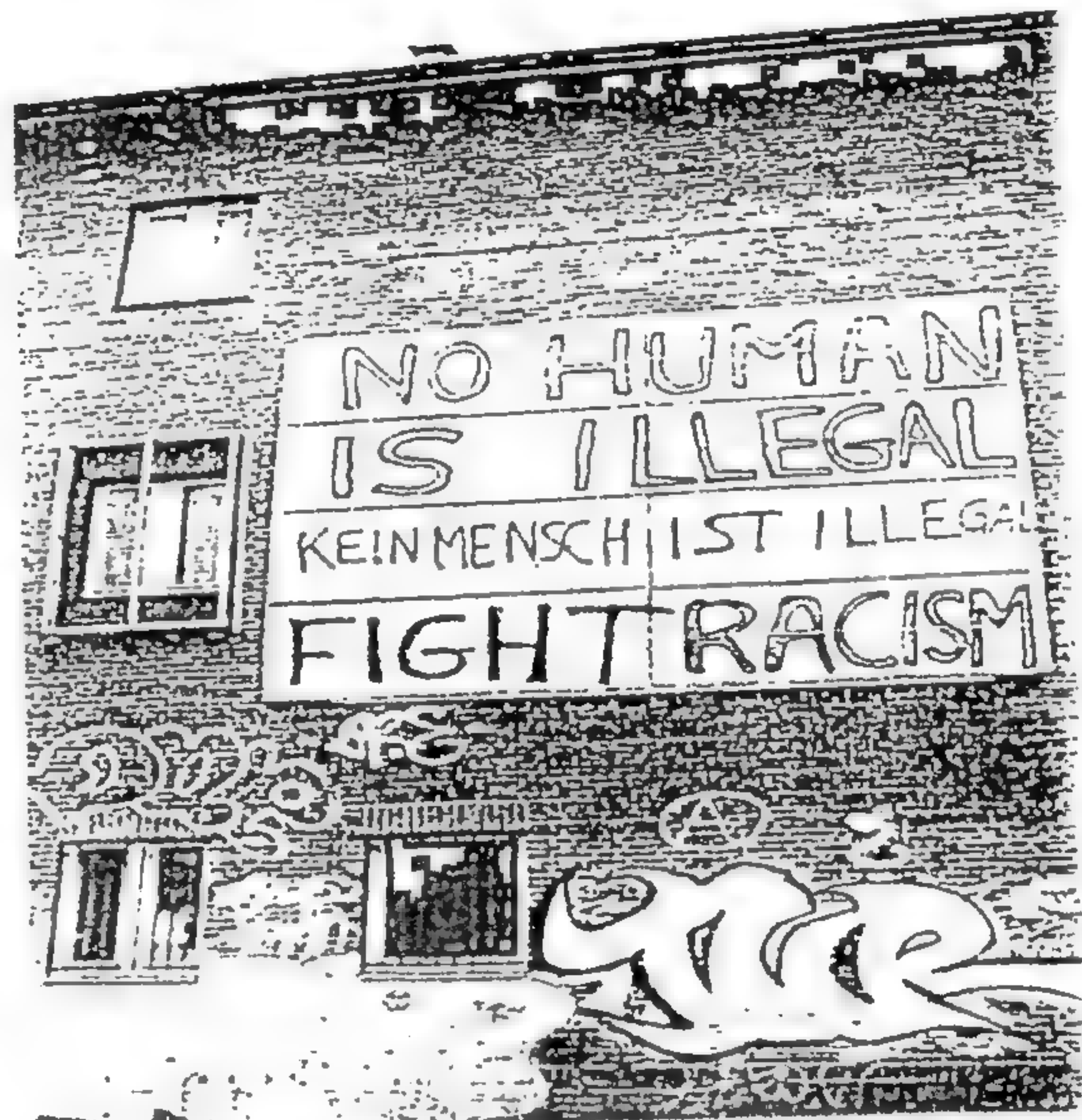
-
-
-

-
-
-

Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes

unter großem Medienrummel veranstaltete Polizeigroßeinsätze gegen Flüchtlingsunterkünfte z.B. in Neumühlen und Rahlstedt im Kampf gegen vermeintliche "Hochburgen des Verbrechens".
abschiebeterror über den Containerknast Glasmoor und den Flughafen Ruhlshüttel.
 um nur einige zu nennen.

gließlich ist wrocklage Auftraggeber des Handlungskonzeptes für die Polizei in St. Georg", welches einem Ausnahmezustand für Junks, als sogendealer stigmatisierte Migrantinnen und Obdachlose in der Nähe der Visitenkarte Hauptbahnhof etabliert hat. Tausende von Platzverweisen, Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen führten schließlich zu einer Verlagerung der Szene zum S-Bahnhof Sternschanze und in die Straßenzüge rund um die Rote Flora. Der polizeiliche Maßnahmenkatalog des oben genannten Konzeptes wurde dann, wenn auch anfangs vorsichtig auf das Schanzenviertel übertragen. Dabei ist darauf geachtet worden, ein weiteres wichtiges innenpolitisches Projekt nicht zu gefährden, die sogenannten Sicherheitspartnerschaften von Polizei und Bürgern. Der im Hamburger Polizeiskandal als Schläger und Folterer identifizierte Bulle sollte sich als freundlicher Partner und Helfer



uppen. Unter Zuhilfenahme einer massiven Medienberichterstattung und der Mobilisierung vorhandener rassistischer Bilder sowie Einstellungen der BewohnerIn des Multikulti-Alternativstadtteils Schanzenviertel, wurde ein Bedrohungsszenario oft wiedergekaut bis die Gestalt des schwarzen Drogendealers verinnerlicht und festgeklopft war.

Legitimität als auch Normalität einer tagtäglichen rotgrünen polizeilichen Präsenz wird nicht mehr in Frage gestellt. Die freundlich dreinschauenden bullenierenden Bullenpärchen und finsternen Zivischläger der Wache 16, welche begrenzte Gruppen, die nicht dazu (d.h. ins Viertel) gehören, nämlich die schwarzen Dealer, die Junks oder die bettelnden Obdachlosen, kontrollieren, verhaften und drangsalieren, werden von den meisten Bewohnerinnen toleriert oder akzeptiert. Nach dem Prinzip einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt das Polizeiaufkommen zu einer Zementierung des Selbstbildes einer bedrohten Stadtteilgemeinschaft, welche Hilfe von außen bedarf. Der Polizist, der zu Zeiten der Fege gegen die Ansiedlung des Musicals "Phantom der Oper" als Erfüllungsgehilfe der viertelfeindlichen Umstrukturierungspolitik gesehen wurde, mutiert nun zum Sicherheitspartner im Kampf gegen die an die Wand gemalte Verslumpung des Stadtteils. Ähnlich boomt die Schanze wie selten zuvor, lockt das prickelnde Flair einer authentischen "Bronx" nachts haufenweise Yuppie-Pack der Werbe- und Medienszene in die Kneipen und Restaurants - das Nachtleben dort ist "angesagt". Der Rote Flora wird als störender Schandfleck nicht verziehen, daß sie sich gegen eine Sicherheitspartnerschaft stellt, genausowenig wie den unverbesserlichen vermeintlich autonomen Milieu, die für die Angriffe auf die Bullen verantwortlich gemacht werden. Die Zukunft eines linksradikalen Zentrums Rote Flora wird sich sicherlich mit der Frage entscheiden, ob die repressive Politik des Hamburger Senats mitgetragen wird oder nicht - oft genug wurde der Flora signalisiert, daß sich die Kontrollen ja nicht auf sie richten sondern gegen "andere".

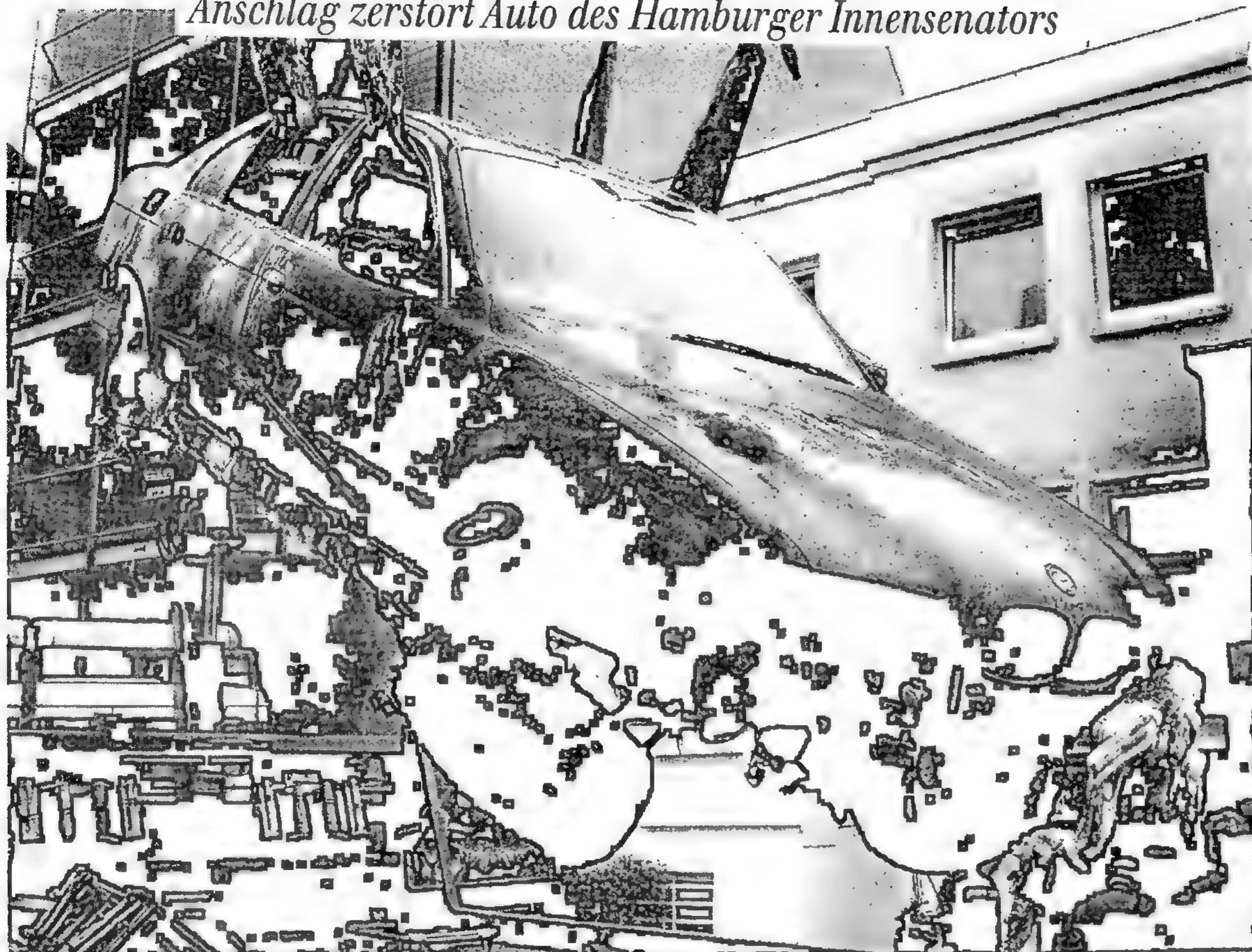
Linksradikale im Schanzenviertel und in Hamburg kommen aber nicht darum herum, offen gegen den rassistischen Ausgrenzungsdiskurs Stellung zu beziehen und zu handeln, wenn sie nicht völlig unglaublich werden wollen - denn Freiheit ist unteilbar. Schluß mit dem Razzien und Platzverweisen !

Bleiberecht für alle !

Rote Flora bleibt, selbstorganisiert und widerständig !

Hamburg, den 15.2.99





„Damit muß man rechnen“

Auch Hartmuth Wrocklage hat nach dem Vorfall mit seinem BMW Formulierungen gefunden, die es ihm erlauben, rational mit dem „mysteriösen“ Vorfall umzugehen: „Wenn man Innensenator wird, muß man mit so etwas rechnen“, sagte er.

Wenn es ein Anschlag gewesen sein sollte, sagte er, als das noch nicht feststand, wäre dieser Anschlag ja auch „nicht persönlich gemeint“. Wer so etwas tue, „will das System treffen, aber das wäre natürlich auch ein völlig untauglicher Ver-

such“ – so abgeklärt dozierte der Innensenator am Montagmorgen über die Tatsache, daß sein Auto nachts vor der Haustür plötzlich Feuer fing

Etwa 5 500 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik demonstrierten am Sonnabend in Hamburg gegen die drohende Hinrichtung des afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal. Bunt war das Teilnehmerfeld: DKP, PDS, SDAJ und Linksruck-Jusos demonstrierten Seite an Seite mit den Angehörigen der Gefangenen aus der RAF und den Vertretern verschiedener nationaler Befreiungsbewegungen. Frauen- und Lesbengruppen solidarisierten sich ebenso wie Friedensgruppen und Bewohner von Bauwagenplätzen.

Trotz des langen Marsches – immerhin mehr als zehn Kilometer von St. Pauli durch die Hamburger Innenstadt bis zum US-Konsulat am Alsterufer – blieb niemand unterwegs. Im Gegenteil, es wurden immer mehr. »Aus allen Teilen der Welt bekamen wir Soli-Faxe«, freut sich Roger Hasenbein. »So viele, das wir sie gar nicht alle vorlesen konnten.« Mumia selbst hatte aus dem Gefängnis eine Grußadresse geschickt: »Dies ist ein Zeit voller Herausforderungen für uns – aber immer wieder habe ich beobachtet, wie Ihr die-

Gegen geplanten Justizmord in den USA

Tausende demonstrierten in Hamburg für Freiheit von Mumia Abu-Jamal

sen Herausforderungen mit Zuversicht und Gelassenheit begegnet.«, schrieb er. Unter den Kundgebungsrednern waren eine Vertreterin von Pax Christi, der Antifaschist Peter Gingold, die Verteidigerin von Safwan Eid, Gabriele Heinecke, und der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, der in seiner Rede unter anderem erklärte: »Diejenigen, die Abu-Jamal hinrichten wollen, wollen damit ihre Philosophie der Gewaltherrschaft dokumentieren. Wer gestern Bomben auf Bagdad warf, wer morgen Bomben auf Belgrad wirft, der wirft sich auf zum Herrscher über das Leben all derjenigen, die Widerstand leisten.«

Etwa die Hälfte des Demonstrationzugs bestand aus Anhängern verschiedener kurdischer und türkischer Gruppen, die ihre Solidarität mit Mumia mit der Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan verbanden. »In fast allen Redebeiträgen bei der Abschluß-

kundgebung vor dem US-Konsulat wurde auf die aktuelle Situation in Kurdistan eingegangen und die Verschleppung Öcalans als ebenso barbarischer Akt des Imperialismus gewertet wie die Inhaftierung und drohende Hinrichtung Mumia Abu-Jamals.

Len Weinglass, einer der Verteidiger Mumia Abu-Jamals, bedankte sich in einer Grußadresse für die lange und vielfältige Unterstützung in der Bundesrepublik. In den nächsten Monaten werde der Kampf um Mumias Leben in die entscheidende Phase kommen. Mumia habe alle Berufungsmöglichkeiten auf Landesebene in Pennsylvania ausgeschöpft. Nun komme die nächste und letzte Stufe, das Bundesgericht. »In den letzten zwanzig Jahren haben Bundesrichter 38 Prozent aller Todesurteile wieder aufgehoben, die von Gerichten auf Länderebene ausgesprochen wurden«, so Weinglass.

Das Team von Mumias An-

wälten sei sich aber ziemlich sicher, daß der Oberste Gerichtshof der USA in Washington D.C. die Anhörung des Falles Abu-Jamal ablehnen werde. Daraufhin würde Gouverneur Ridge vermutlich sofort den Hinrichtungsbefehl unterschreiben. Dann würden die Anwälte als folgenden Schritt beim Bundesgericht in Philadelphia, dem Philadelphia District Court, eine direkte Anhörung des Falles und die Herausgabe der Akten, die bisher von der Staatsanwaltschaft geheimgehalten wurden, beantragen. »Dieses Gericht ist der kritische Punkt in der Auseinandersetzung um Mumias Leben«, so Weinglass. Deshalb sei es wichtig, auch weiterhin internationale Unterstützung zu bekommen. Zum Beispiel am 24. April, wenige Tage nach Mumias 45. Geburtstag, wenn in den USA über eine Million Menschen beim One-Million-For-Mumia-Marsch auf die Straße gehen werden.

Birgit Gärtner

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Immer wieder gibt es Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die das Leben in der bürgerlichen Kleinfamilie nicht als einzig mögliche Antwort auf die Themen: Beziehung, Kinder, Altwerden oder Kranksein begreifen; Leute, die auf der Suche sind nach Solidarität und Ansatzpunkten zu widerständigem Leben.

Eine Möglichkeit ist, die Fragen des Lebens kollektiv zu beantworten. Also das Leben in Kommunen, in Wohnprojekten, besetzten Häusern, auf Wagenplätzen zu organisieren.

Mit dem Begriff »Kommune« verbinden viele die altgewordene »68er-Bewegung«. Damals taten sich politisch Aktive in Stadt- und später in Landkommunen zusammen, um aus den bürgerlichen Konventionen auszubrechen, mit neuen Formen zu experimentieren. Meist beschränkten sich diese Projekte auf einen bestimmten Lebensabschnitt der daran Beteiligten.

Im Unterschied dazu sind die heute bestehenden Kommunen und Wohnprojekte eher Lebensentwürfe, in denen Menschen unterschiedlichster Ausprägung altersgemischt zusammen wohnen und/oder arbeiten. Durch gemeinsames Wirtschaften in eigenen Betrieben und Arbeitsbereichen ergibt sich Stabilität und Verbindlichkeit in den Projekten. Sie wollen Alternativen zur vorherrschenden Gesellschaft entwickeln. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß die Weltwirtschaft darauf angelegt ist, allein auf freieste Marktentfaltung, Ausbeutung der Ressourcen und Gewinnmaximierung zu achten. In der Folge produziert sie weltweite Verelendung, ökologische Desaster und soziale Deregulierung. Der Kampf gegen diese Strukturen ist, entgegen anderslautenden Gerüchten und Wunschvorstellungen, noch nicht überflüssig geworden.

»Nicht, daß wir denken, wir hätten alleinseeligmachende Konzepte dafür«, heißt es von Seiten der Tourgruppe, »aber durch den Aufbau menschenfreundlicher Lebensformen, gerechter Arbeitsstrukturen sowie Infragestellung normalen Konsumverhaltens wollen wir in der Tat nichts weniger als am Aufbau und am Erhalt einer gerechteren Welt mitwirken.

Große Worte für kleine Schritte?

KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Finkenburg bei Bremen, der Schäferei Reinighof im Pfälzer Wald, dem Wohnprojekt Zorow aus Berlin sowie der Olgashof-Kommune bei Wismar stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.

Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfestellungen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben. Tourfahrplan:

Göttingen	Fr., 26.2.99, 20 Uhr	Lesung im Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
Hannover	So., 28.2.99, 20 Uhr	Infoladen Kornstraße, Kornstr. 28/30, Hannover
Bielefeld	Mo., 1.3.99, 20 Uhr	Palando, Wittekindstr. 42, Bielefeld
Münster	Di., 2.3.99, 20 Uhr	ESG, Breul 43, Münster
Hagen	Do., 4.3.99, 20 Uhr	Alternative Pelmk-Schule, Pelmkestr. 14, Hagen
Bochum	Fr., 5.3.99, 20 Uhr	Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum
Oberhausen	Sa., 6.3.99, 18 Uhr	Cafe Käthe, Emstraße 25, Oberhausen

Tour-Kontakt: T. Lehmann

c/o umbruch-Bildarchiv

Di, Mi 12⁰⁰ - 15⁰⁰ Uhr

Telefon (030) 612 30 37

Fax (030) 611 15 83

Los geht's!

Selbstbestimmt leben - Gruppen gründen!

Die Kommune Niederkaufungen und andere Gemeinschaften laden Menschen ein, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind oder mit Gleichgesinnten eine solche gründen wollen.

Wege aus der gesellschaftlichen Krise gestalten

an Pfingsten
20.-24.5.'99

Auf dem Bauernhof
der Kommune
Niederkaufungen
bei Kassel

Wir laden hierzu 250 Menschen ein, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind und sich vorstellen können, eine neue Gemeinschaft zu gründen. Gleichgesinnte können sich treffen und sich gemeinsam an die Verwirklichung ihrer Utopien machen.

Programmübersicht

Donnerstag, 20.5.

Vormittags: Anreise

Nachmittags (14 Uhr): parallel:
Zukunftswerkstätten zum Thema
„Warum will ich in Gemeinschaft leben?“
Vorstellung von verschiedenen Gemeinschaften

Abends: Begrüßungsplenum

Freitag, 21.5. und Samstag, 22.5.

Vor- und Nachmittags:

Workshops zu Themen wie
Utopien zu Gemeinschaftsleben
Gemeinsame Ökonomie
Stadt-/Landkommune
Klein-/Großgruppe
Entscheidungsfindung in der Gruppe
Kollektives Arbeiten
Gem. Verantwortung für Kinder
Umgang mit Konflikten
Wagenplätze

und euren eigenen Themen

Abends: Kultur und Spaß

Sonntag, 23.5.:

Vor- und Nachmittags:

Bildung von einzelnen Gruppen, die zusammen weiterarbeiten wollen

Abends: Abschiedsfest

Montag, 24.5.:

Vormittags:

Überlegungen, „Wie geht es weiter?“
Beratung für den Gründungsprozess

Organisatorisches

Teilnahmebeitrag:

100 - DM für Erwachsene, Kinder frei

Die Veranstaltung lebt
von eurem Engagement,
Wir bieten den Rahmen!

Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1, 34260 Kaufungen,
(10 km östlich von Kassel)
Tel: 05605 - 80070, Fax: 800740
email: kommune@t-online.de
<http://home.t-online.de/home/kommune>

Sind wir in Beirut? Nein, in Berlins schicker Mitte

Von ANDRA FISCHER

Mitte – Wer feiern will, geht gern nach Mitte. Wer Krawall machen will, offensichtlich auch. Am Sonnabend randalierten 15 Vermummte im schicken Ausgeh-Mekka rund um den Hackeschen Markt.

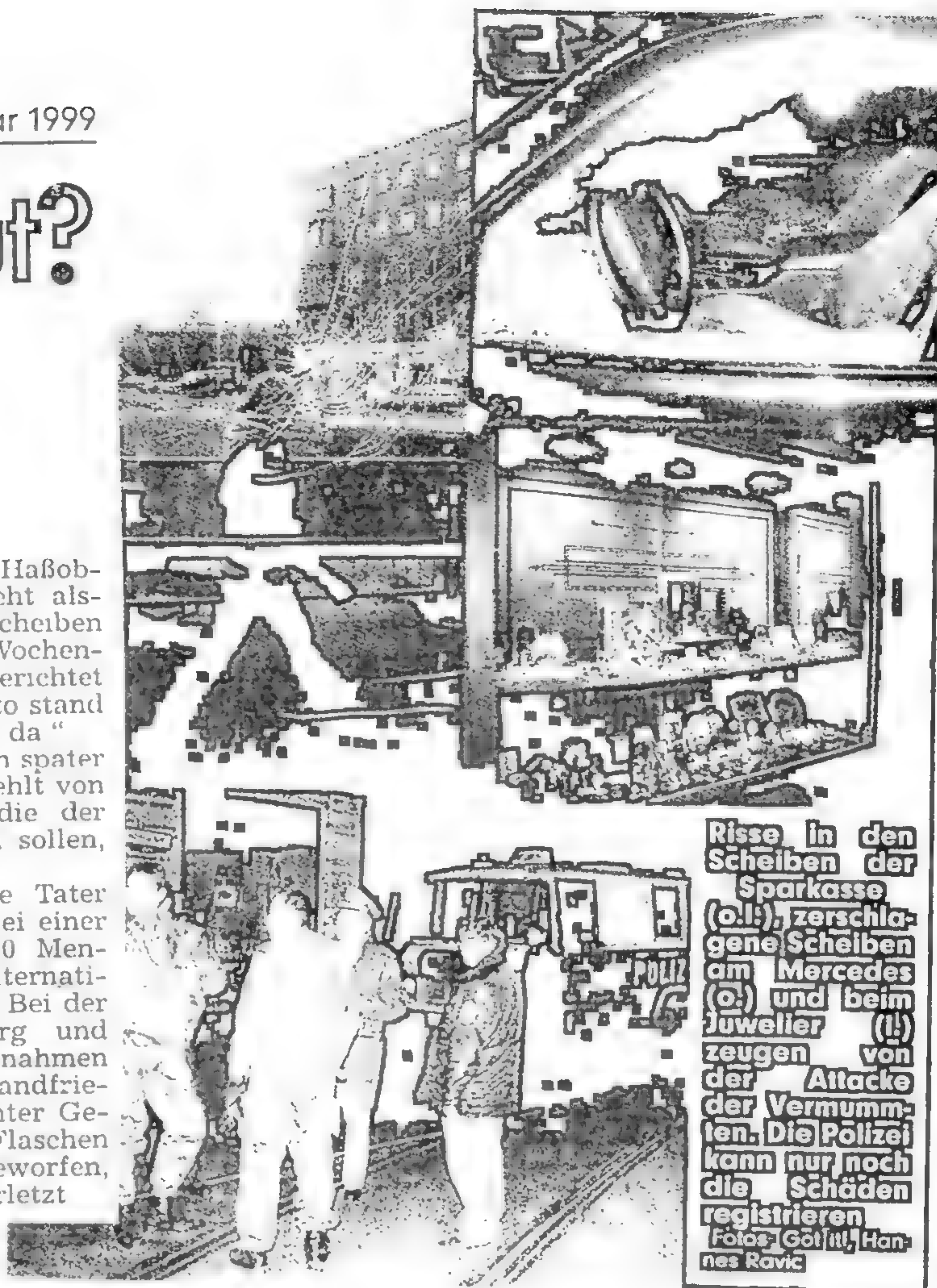
Es ist 19 Uhr, als die Jugendlichen mit Motorradhelmen (und Schals vorm Gesicht) in der Rosenthaler Straße auftauchen. In einer Blitzaktion schleudern sie Steine ins Schaufenster eines Juweliers, zerschlagen dann Scheiben weiterer Geschäfte (Sparkasse, Reiseburos, Galerie).

Auf die Schienen hieven sie soviel Müll, daß keine Straßenbahn mehr durchkommt. Dann rennt der Trupp zur Großen Hamburger Straße. Dort wird der Mercedes des Mannheimers

Peter I., 58, zum neuen Haßobjekt auserkoren und steht alsbald mit zerborstenen Scheiben da. „Ich besuche übers Wochenende meine Tochter“, berichtet er fassungslos. „Das Auto stand noch keine halbe Stunde da.“

Als die Polizei Minuten später mit 30 Mann eintrifft, fehlt von den Krawallmachern, die der linken Szene angehören sollen, jede Spur.

Vermutlich waren die Täter schon am Nachmittag bei einer Demonstration von 1500 Menschen für den „Erhalt alternativen Wohnraums“ dabei. Bei der Demo durch Kreuzberg und Neukölln gab es 27 Festnahmen wegen Widerstandes, Landfriedensbruchs und versuchter Gefangenenerbefreiung. Flaschen und Steine wurden geworfen, acht Polizisten leicht verletzt.



Risse in den Scheiben der Sparkasse (o.l.), zerschlagene Scheiben am Mercedes (o.) und beim Juwelier (!!) zeugen von der Attacke der Vermummten. Die Polizei kann nur noch die Schäden registrieren.
Fotos: Götting, Hannes Ravić

Bei Suche nach Attentätern Millionen Leserdaten gesichert

Polizeikontrolle in einer Bremer Bücherei

VON ECKHARD STENGEL, BREMEN

Auf der Suche nach linksextremen Sprengstoff-Attentätern hat das niedersächsische Landeskriminalamt im August 1995, wie erst jetzt bekannt wurde, in der Bremer Stadtbibliothek die Daten von mehr als einer Million Ausleihvorgängen beschlagnahmt. Dadurch wollte das LKA den Attentätern auf die Spur kommen, die Anfang 1995 das Wolfsburger Haus des Ex-Staatssekretärs im Bonner Entwicklungshilfeministerium, Volkmars Köhler (CDU), beschädigt hatten. Gegen die Tatverdächtigen dieses und anderer Anschläge verhandelt derzeit das Oberlandesgericht Düsseldorf. Den Angeklagten wird versuchter Mord sowie Mitgliedschaft in der terroristischen „Antimperialistischen Zelle“ (AIZ) vorgeworfen.

Durch Polizeiaussagen vor Gericht wurde jetzt bekannt, daß das Landeskriminalamt damals in Bremen nach den Ausleihern eines Buches über den Befreiungskampf in der Westsahara suchte. Wie ein Sprecher des Landeskriminalamts dem Tagesspiegel am Donnerstag bestätigte, soll die Ausdrucksweise der Attentäter in ihrem Bekennerbrief

teilweise dem Buch entsprochen haben. Nach Angaben der Stadtbibliothek beschlagnahmte die Polizei damals die archivierten Mikrofilme über sämtliche Leihvorgänge der Jahre 1992 bis 1995, um dann die Leser des Buches auszuspüren.

Die Buchereileitung beschwerte sich daraufhin, es sei völlig unverhältnismäßig und datenschutzrechtlich problematisch, über eine Million Daten unbeteiligter Entleiher zu beschlagnahmen und zu sichten. Die zuständigen Datenschützer in Hannover sahen jedoch keinen Grund zur Rüge, da die Daten nur weiterverwendet würden, soweit sie sich auf die Ausleiher des einen Buches bezögen.

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf sagten die Polizeizeugen nach Angaben von Prozeßbeobachtern aus, daß damals zwei Entleiher entdeckt worden seien, die aber nicht zur linken Szene gehört hätten. Der Sprecher des Landeskriminalamts konnte dazu dem Tagesspiegel keine Angaben machen. Er verteidigte die Aktion mit den Worten, die Polizei müsse alles tun, um Terroranschläge aufzuklären, „natürlich nur mit rechtsstaatlichen Mitteln“. Solche Aktionen passierten allerdings nicht häufig, versichert er.

Ermittlungsausschuß

Mehringhof Gneisenaustr. 2a
(Aufgang III, 1.OG)
10961 Berlin
Tel: 692 2222

Zeugen gesucht:
1. Zu dem brutalen Übergriff am 10.01.99 (Liebknecht-Luxemburg-Demo) auf 14-jährigen Jungen (hellgraue Jacke, schwarzes Basecap, braune Baggy-Jeans) um 11.20, kurz nach der Ecke Karl-Marx-Straße Ecke Straße der Pariser Kommune, an der Uhr, (ca. 10 m hinter dem Lautsprecherwagen). Nach dem Übergriff sind sofort Leute zu dem blutüberströmten Jungen gestürzt, um ihn zu schützen.
2. Übergriff und Verhaftung ebenfalls auf der Liebknecht-Luxemburg-Demo, auf der Frankfurter Allee um ca. 13.30 Uhr, auf den MLKP-Block, es wurde nach diesem Übergriff "nur" eine Person verhaftet (blaue Jeans, schwarze Lederjacke, rotes Basecap mit gelber Aufschrift MLKP).
Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte dringend beim Berliner Ermittlungsausschuß melden (030-692 22 22)

Die Schlacht bei Zesselsdorf

Zöllmen ist ein kleiner Ort am Rande Dresdens. Wer von Lärm und Hektik der Mochtegerngroßstadt in dieses Nest entflieht, gelangt kurz hinter der Stadtgrenze in eine nur durch längst verlassene LPG-Betonhallen gestörte Dorfidylle. Zwischen ihm und dem Nachbarort Steinbach fließt schon jeher die Zschone, dort noch ein kleines Bächlein, das wenig später in den Genuß eines zauberhaft bewaldeten Grundes kommt um schließlich als ansehnliches Fließlein bei Dresden in die Elbe zu fließen.

Wie alle kleinen Dörfer rings um die Residenzstadt des Landesfürsten haben es Zöllmen und Steinbach schwer, sich gegen diese zu behaupten. Immer wieder versuchen Geldsäcke dort Baumärkte oder Einfamilienhäuser zu bauen, um noch fetter zu werden. Die Menschen im Dorf müssen zwar nicht hungern, doch droht die klingende Münze so Manchen in Versuchung zu führen. Das sei jetzt halt so, weil jüngst der Profit heilig gesprochen wurde.

Doch eines unterscheidet Zöllmen und Steinbach von den Dörfern in der Nachbarschaft. Vor knapp zwei Jahren siedelten junge Leute mit Bauwagen und Holzhütten auf den Sumpfwiesen am Bach. Normalerweise hätten das die Bewohner der Dörfer nicht zugelassen. Da aber der Kaiser den schon von seinen Vor-Vor-Vorgänger gefaßten Plan ausführen wollte, eine Autobahn auf den Wiesen zwischen den beiden nur einen Steinwurf entfernten Dörfern zu bauen, wuchs das Wohlwollen für die dagegen Protestierenden. Sie ahnten, es wäre bald vorbei mit ihrer relativen Ruhe, führen erst die Lkws über die Misthaufen der Bauernhöfe. Nur wenige glaubten aber, die Pläne des Kaisers aufhalten zu können, bedrängten diesen doch mächtige Männer seines Hofstaates, denn sie wollten mit der Autobahn ihren Reichtum mehren. Doch aus irgendeinem Grund gaben die seltsamen Neubürger Zöllmens den Kampf nicht auf, nein sie schienen daran Gefallen zu finden, den Autobahnplanern, die im Dienste des Landesfürsten die Pläne des Kaisers vorantrieben., hin und wieder eins auszuwischen, ihnen Furcht einzujagen oder sie nur vor Situationen zu stellen, mit denen sie nicht umgehen können. Vielleicht war es die ungeheure Arroganz, die die Vasallen in Schlips und Kragen bei der angeblichen Bürgerbeteiligung zur Schau trugen, welche die Siedler gerade aufstachelte. Doch alles stand bisher nur auf Papier, das zu dieser Zeit billig war. Noch hatte es keiner gewagt, in der Nähe der Siedler eine Autobahn zu bauen. Kundschafter berichteten allerdings über eine Baustelle, etwa eine Stunde Fußmarsch entfernt. Dort hätten die Raubritter von Züblin bereits einen Brückenpfeiler errichtet. Gelegentlich sind dort auch Grünlinge zur Stelle, um das Vorhaben zu schützen.

Im Frühjahr, so sagen die Autobahnbauer, soll nun endlich Schluß sein mit der seltsamen Siedlung am Bach, die man nicht so recht los wurde und die immer wieder störte. Nun soll dort, wo es sich die Protestler schon häuslich eingerichtet haben, endlich das hin, was dort hin gehört: eine 230 m lange Autobahnbrücke. Den Bauern hier soll das Land weggenommen werden, nicht zum ersten Mal, so sagen sie, seit es die Pläne der Autobahn gibt. Wenn es die LPG nicht geschafft hat, deren Existenz zu zerstören, so schafft es nun die hier nach Umsätzen. Gerade erst hatten die Bauern ihre Landwirtschaft wieder aufgebaut. Jetzt können sie wohl aufgeben im Kampf um existenzfähige Betriebsgrößen. Dabei ist zweifelhaft, ob die Autobahnplaner jemals ihr ehrgeiziges Ziel erreichen werden, eine Trasse nach Prag zu bauen. Der Staatsäckel ist vom Hofstaat geplündert, der Kaiser vom Volke vertrieben. Weil der neue Kaiser kein Geld hat, gibt er zu, den dritten und längsten Teil der Trasse nicht bezahlen zu können. Zudem stellen sich die Berater des Königs in Prag gegen den plan, die Trasse durch die schönsten Jagdreviere zu legen.

Noch den in Dresden regierenden Fürsten ficht dies nicht an. Obwohl aus den leeren Schatzkammern des Kaisers kein Geld fließt und er die Raubritter von Züblin selbst auszahlen muß, will er schnell Tatsachen schaffen. Soll aber die Brücke über den Zschonergrund gebaut werden, so müssen die Bäume am Bach gefällt werden. Hält sich der Fürst an seine eigenen Dekrete, so darf er das nur bis zum ersten Tage im März tun. Die Protestler wollen das nicht zulassen. Emsig überlegen sie schon jetzt, wie sie ihre liebgewonnenen Bäume beschützen könnten. Natürlich wollen sie das nicht alleine tun, sind es doch manchmal nur fünf oder sechs Leute, die die langen Winterabende in der warmen Gemeinschaftshütte verbringen. Doch sie hoffen auf viele Freunde aus Dresden und dem ganzen Lande. Vielleicht wollen sogar einige mit dem Schiff kommen von einer großen Insel im Westen.

Ein großes Fest soll es werden und ein großes Schaffen, ist doch noch nicht alles getan, um der Stärke der harnischten Grünlinge, die den Raubrittern von Züblin gerne zur Seite stehen, gewachsen zu sein. Gott sei Dank sind die meisten Protestler schwindelfrei und können höhere Höhen erklimmen als vielleicht alle dieser Grünlinge.

Am sechsten Februartag soll das Fest beginnen, Aktionswochen wird es auch genannt. Und vielleicht findet man auch etwas Zeit, die Autobahnplaner etwas zu ärgern oder auch nur ein bißchen ouchinanderzubringen.

Am ersten März. Gibt es dann richtig Grund zu feiern, bevor alle wieder nach Hause zurückkehren. Die Autobahnplaner werden sich ärgern, und die jungen Leute werden sich gerade deshalb freuen, weil die Planer doch so borniert und arrogant sind, und doch nicht alle Macht haben dieser Welt. Die Bewohner der Dörfer Zöllmen und Steinbach werden vielleicht wieder Mut kriegen zu Kämpfen, vielleicht nicht nur gegen die Autobahnen sondern gegen noch mehr Gewerbegebiete und alles, was den Geldsäcken Nutzen bringt, ihnen schadet nicht!

FR 26.2. 16 Uhr ALBERTPLATZ DOPPELBRUNNEN: Einweihung des Denkmals für die Autobahnopfer

SO 28.2. -MO 1.3. FAST VOLLMOND-PARTY

Wegbeschreibung: von Dresden Hbf. mit der Straßenbahn 7 Richtung Gorbitz bis J.-VAHnteichstr., von dort Bus 70 nach Pennrich, 10 Min. zu Fuß nach Westen, nach Betonbrücke gleich links

TSCHJECHISCHER ANARCHIST IN HAFT

Am 27.11.98 wurde *Michal Patera* nach einer Auseinandersetzung mit Nazis verhaftet. Kurz zuvor wurde er und ein weiterer Genosse in einem Prager Klub von fünf Faschisten angegriffen, welche ein anderer Gast informiert hatte. Von derselben Gruppe, die zum harten Kern der Prager Neonaziszene gehört, wurde *Michal* sowie weitere Genossen bereits ein halbes Jahr vorher angegriffen, damals konnten sie ihnen aber entkommen. Da es dieses mal keine Möglichkeit zur Flucht gab, und sein Genosse bereits bewußtlos geschlagen war, schoß *M.* mit einer automatischen Pistole, die er legal besaß, auf den aggressivsten Angreifer, woraufhin die anderen flüchteten.

Wenig später wurde er von der Polizei, die vom Wirt informiert wurde, verhaftet und am nächsten Morgen vom Bezirksrichter zu Untersuchungshaft bis zum Prozeßbeginn verurteilt. Im Durchschnitt dauert diese ein Jahr.

Michal ist in der *FSA-IAA* (*Federace socialnich anarchistu-die tschechische Sektion der anarcho-syndikalistischen Internationalen ArbeiterInnen Assoziation*) organisiert. Die Polizei stufte bis Januar 99 diesen Fall klar als „ideologisch motivierten versuchten Mord“, begangen durch einen bekannten „Linksextremisten“ gegen eine Gruppe unschuldiger „junger Männer“, ein. Der Vorwurf wurde zwar in ein „gewöhnlich“ versuchten Mord umgewandelt, ihm droht aber weiterhin eine Haftstrafe von bis zu 15-, statt zu 25 Jahren. Keiner der angreifenden Nazis wird auch nur wegen des geringsten Deliktes angeklagt.

Diese Ignoranz tschechischer Neonazis durch Polizei und Justiz hat Methode. Bereits im Juli 1997 wurde *Vaclav Jez*, ebenfalls ein Genosse der *FSA-IAA*, verhaftet. Auch er hatte sich, nachdem er von Nazis beim Übermalen faschistischer Parolen überrascht und angegriffen wurde, mit einem Revolver gewehrt. Er wurde wegen „versuchten Totschlages“ und des unerlaubten Besitzes dieser Waffe angeklagt. Nach über einem Jahr Untersuchungshaft, Prozeßkosten von 130.000 CSK (ca. \$ 4300), das entspricht 20 tschechischen Monatslöhnen, wurde er dank großer internationaler Unterstützung freigesprochen.

Auch für *Michal*'s Prozeß wird wieder eine ähnliche Summe benötigt werden. Seine Verfassung ist noch gut und seine Moral ungebrochen. Er teilt sich eine 12 Quadratmeter große Zelle mit zwei weiteren Insaßen, die auch wegen versuchtem Mord angeklagt sind. Er dankt allen für die solidarische Unterstützung und die viele Post die er aus dem Ausland bekommen hat. (Informationsstand 22 Januar 99)

◻ *Michal*'s Adresse im Ansat haften.

Michal Patera (1976), PO BOX 5, 14057 Praha 4, Tschechische Republik

◻ Spenden bitte auf

Kto 370 300 1711

BIZ 160 500 00

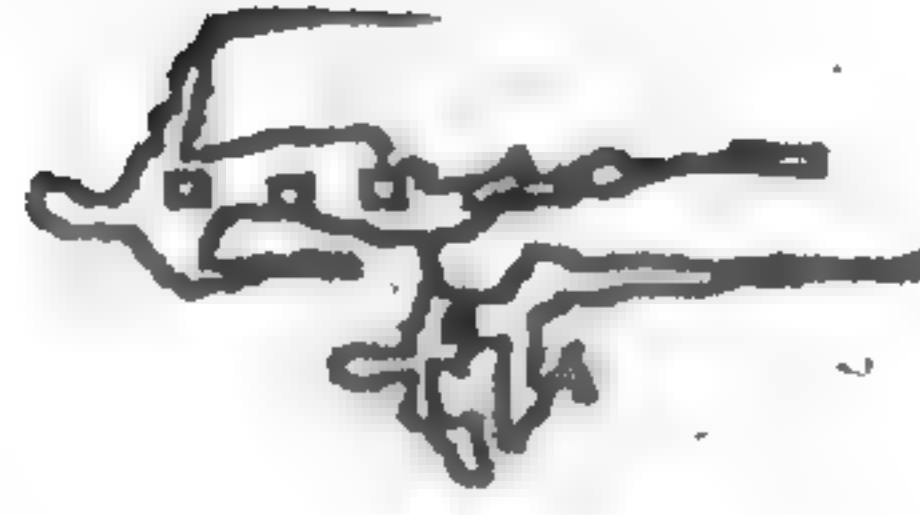
Mittelbrandenburgische Sparkasse

Inh. Freie ArbeiterInnen Union

Stichwort „*Michal Patera*“

175 P. e. Goldmann Clubsammlung 63 16257 Berlin

FAU-IAA



8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENLESBEN KAMPFTAG

DER 8. MÄRZ IST INTERNATIONALER FRAUENLESBEN KAMPFTAG. SCHON SEIT 1910 GEHEN FRAUENLESBEN

WELTWEIT AN DIESEM TAG AUF DIE STRAßEN, UM AUF IHRE ALLTÄGLICHEN KÄMPFE UND IHREN TAGTÄGLICHEN WIDERSTAND AUFMERKSAM ZU MACHEN.

AUCH HEUTE NOCH VERLEIHEN FRAUENLESBEN AM 8. MÄRZ IHREM WIDERSTAND UND IHREM KAMPF EINEN AUSDRUCK. UM UNSERE VERBUNDENHEIT MIT DEN WELTWEIT KÄMPFENDEN FRAUENLESBEN ZU ZEIGEN, ABER AUCH UM DIE HIER IN DER BRD HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE ANZUGREIFEN UND GEGEN JEGLICHE FORM VON AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND AUSGRENZUNG AUFZUSTEHEN, DEMONSTRIEREN WIR AM 8. MÄRZ.

AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG TRITT, ABHÄNGIG DAVON IN WELCHEM LAND WIR LEBEN, IN UNTERSCHIEDLICHER ART UND WEISE UND IN ANDEREM AUSMAß ZU TAGE, ABER DAS ZIEL IST IMMER DAS GLEICHE, FRAUEN ZU ISOLIEREN, ZU SPALTEN UND JEGLICHE FORM VON WIDERSTAND GEGEN DIE BESTEHENDEN VERHÄLTNISSE IM KEIM ZU ERSTICKEN.

DOCH SIE HABEN SICH GEIRRT!!!

WELTWEIT GIBT ES KÄMPFE VON FRAUENLESBEN, WELTWEIT HABEN FRAUENLESBEN SICH ZUSAMMENGETAN, UM VONEINANDER ZU LERNEN, SICH ZUR WEHR ZU SETZEN, UM AN STÄRKE ZU GEWINNEN.

WIR FINDEN, DAB ES WICHTIG, RICHTIG UND NOTWENDIG IST, DIE ISOLATION AUFBRECHEN, ZUSAMMENZUFINDEN, SICH ZU WEHREN, ERFAHRUNGEN ZU TEILEN UND GEMEINSAM DAFÜR ZU KÄMPFEN, DAB ES EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, OHNE ISOLATION, UNTERDRÜCKUNG, AUSGRENZUNG UND ANGST GIBT...

MONTAG 8. MÄRZ
FRAUENLESBEN DEMONSTRATION
ZUM INTERNATIONALEN FRAUENLESBEN KAMPFTAG
18.00 UHR HEINRICHPLATZ

ab 20 Uhr Frauenabend im EX,
Gneisenaustr. 22A, U-Bahnhof Mehringdamm
mit VoKü
und um 21 Uhr Film "Alles wird gut"

Konsens - mit uns nicht ! Ausstieg sofort !

Möglich, daß ein Teil der Bewegung erst einmal abwarten möchte. Rot/Grün soll erst mal machen - kritisieren kann man immer noch. Falsch ! Der Kuhhandel läuft, in Bonn und Berlin wird längst gedealt. Und grüne Politik wird nicht durch Stillhalten unterstützt, sondern durch Aktionen vor Ort und auf der Straße.

**Wir dürfen uns nicht über den Tisch ziehen lassen !
Deshalb gibt es nur eins : Auf die eigene Kraft vertrauen !
Höchste Zeit für eine gemeinsame Aktion**

Wir stellen uns quer !

Samstag 27. Februar 1999

Belagerung der Gorlebener Anlagen

11 Uhr Demozug ab Gedelitz
12 Uhr Kundgebung
Workshops

Verpflegung mit Pommes rot/grün und anderen wendländischen Spezialitäten
Feuershow und Musikprogramm



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Drawehner Straße 3
29439 Lüchow
Tel (05841) 4684 Fax (05841) 3197
Internet <http://www.oneworldweb.de/castor>
Spendenkonto Kreissparkasse Luchow BLZ 25851335 Konto 2060721

Location: K.B.P.I.
www.jungdemokraten.de
26. Februar 99
21.00 Uhr
es gibt Cocktails

**Soliverweigerung
Total Party**

Acts:
De Ruths [Ska]
Diva Standard [Flaw Pop]
Dionysos [Funk Pop]

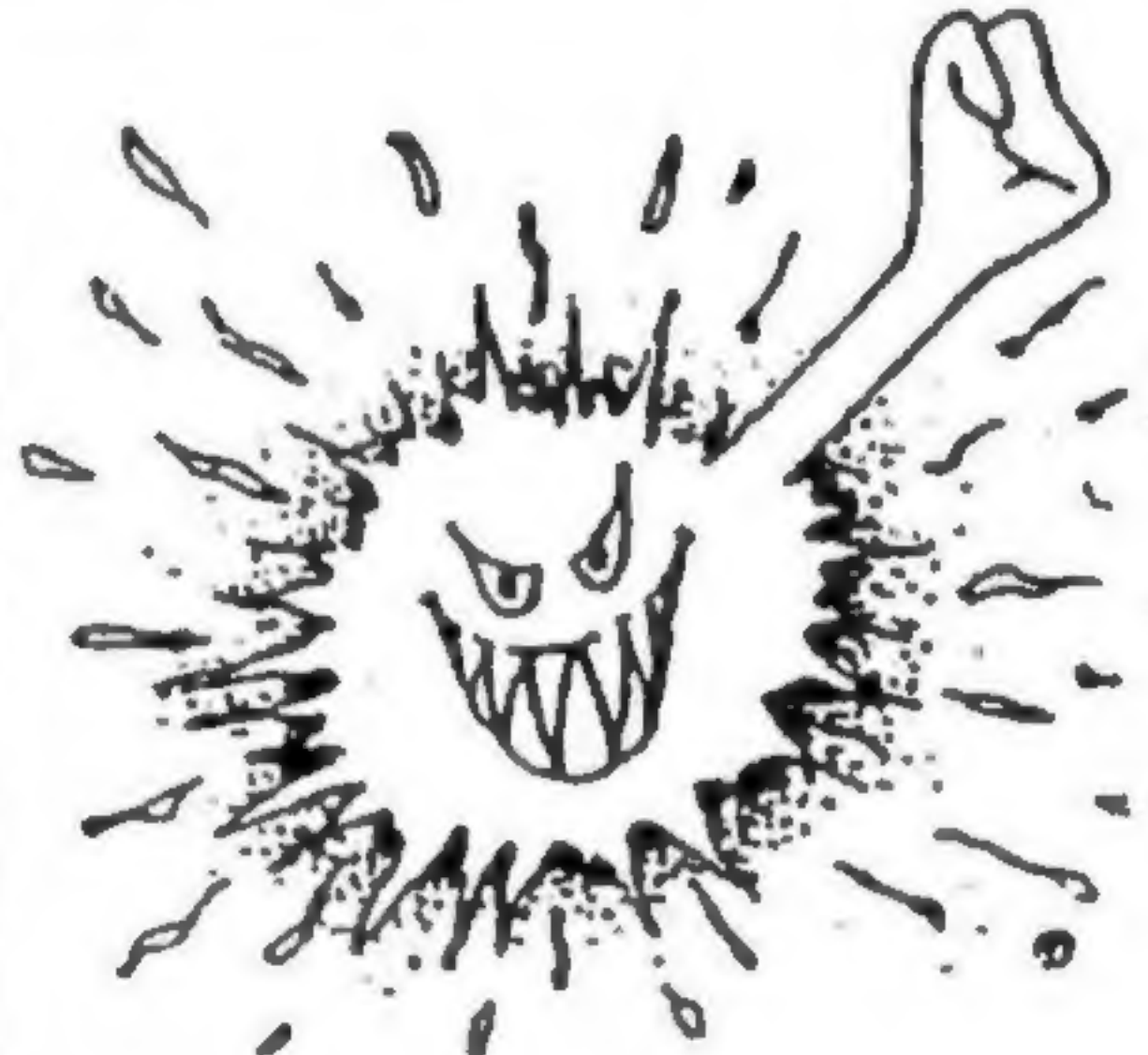
JUNDEMOKRATINEN/JUNGE LINKE

HUND OF BASS

Drum'n'Bass
Dub Electronic

X-P-Liebi
Liebigst
Berlin-Vital
Sa. 27.2.99
ab 21 Uhr

anti atom aktuell



- * die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- * erscheint am liebsten monatlich
- * 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Kostenloses Probeexemplar:

anti atom aktuell
Helgenstockstr 15
35394 Gießen

aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org
<http://www.oneworldweb.de/aaa/>
Fax: 0641/491390

Im März 1999 erscheint *Anschlag*,
der neue Roman von Gert Neumann

Der DuMont Buchverlag
in Verbindung mit dem Literaturhaus Berlin
bittet zur Vorstellung des Romans
am Freitag, den 5. März 1999,
um 20 Uhr
in die Akademie der Künste,
Hanseatenweg 10, Berlin

Es spricht
Martin Walser

Es liest
Gert Neumann

Wir freuen uns sehr auf Ihr Kommen

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

kolumbien

Ein Land im Würgegriff der Todesschwadron

Seminar vom 26.-28. Februar 1999

Die Geschichte des sozialen Konflikts in Kolumbien • Die Situation in den Städten • Bananenexport und Repression gegen die Gewerkschaften: das Beispiel Urabá • Die Guerilla: Politische Opposition oder illegales Großunternehmen?

Ort: Stadteilladen Zielona Gora, Grünbergerstr. 73, 10245 Berlin-Friedrichshain, Tel. 292 24 71

Vollversammlung
zur Vorbereitung der FrauenLesben Demonstration am 8. März
Sonntag, 28.2.99, 15 Uhr
im Papiertiger, Cuvrystr. 25, U-Bahnhof Görlitzerbahnhof

Filmveranstaltungsreihe im Vorfeld des internationalen Kongresses „Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität“

Wenn Anfang April VertreterInnen von Befreiungsorganisationen, Gefangenen-Hilfsorganisationen und andere hier in Berlin zusammenkommen werden, werfen Realität und Zustand der radikalen Linken in der BRD einerseits und die Bemühungen, Inhalte und Ziele des Kongresses andererseits viele Fragen und Widersprüche auf. Wir wollen uns in einer für uns leistbaren und sinnvollen Weise daran beteiligen, daß InteressentInnen sich gemeinsam inhaltlich über den Kongress informieren und darauf vorbereiten können. Während der Kongress-Tage stehen der Austausch und die gemeinsamen Ziele für zukünftige Zusammenarbeit im Vordergrund, Informationen über die Situation in den verschiedenen Ländern will und kann der Kongress, zumindest primär, nicht vermitteln. Kommt zahlreich und beteiligt Euch!

Hoch, die internationale Solidarität!

Alle Veranstaltungen finden statt im Versammlungsraum, Mehringhof,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

5. März „Befriedung oder Befreiung?“

19.00 Uhr Infoveranstaltung mit der internationalen Kongressvorbereitung über die Arbeit der einzelnen Organisationen in ihren Ländern und Inhalte und Ziele des Kongresses vom 1.4. - 4.9.99 in Berlin

12. März Guatemala

19.00 Uhr Film: „De los de siempre“ (1996)
Dokumentarfilm über die guatemaltekeische Guerilla
Info und Diskussion: mit der Delegation von Ex-Kämpferinnen der URNG

19. März Baskenland

19.00 Uhr Film: Martxa Eta Borroka (1988)
Dokumentarfilm über die verschiedenen Sektoren des baskischen Widerstandes
Info und Diskussion: über die aktuelle Situation im Baskenland mit einer Delegierten der baskischen Gefangenenhilfsorganisation „Gestoras pro Amnestia“

24. März Palästina

19.00 Uhr Film: Der Aufstand (1988)
Dokumentarfilm mit vielen Interviews über die besetzten Gebiete
Info und Diskussion: über die aktuelle Situation in Palästina mit einem Delegierten der palästinensischen Vereinigung zur Unterstützung von Gefangenen „ADDAMEER“

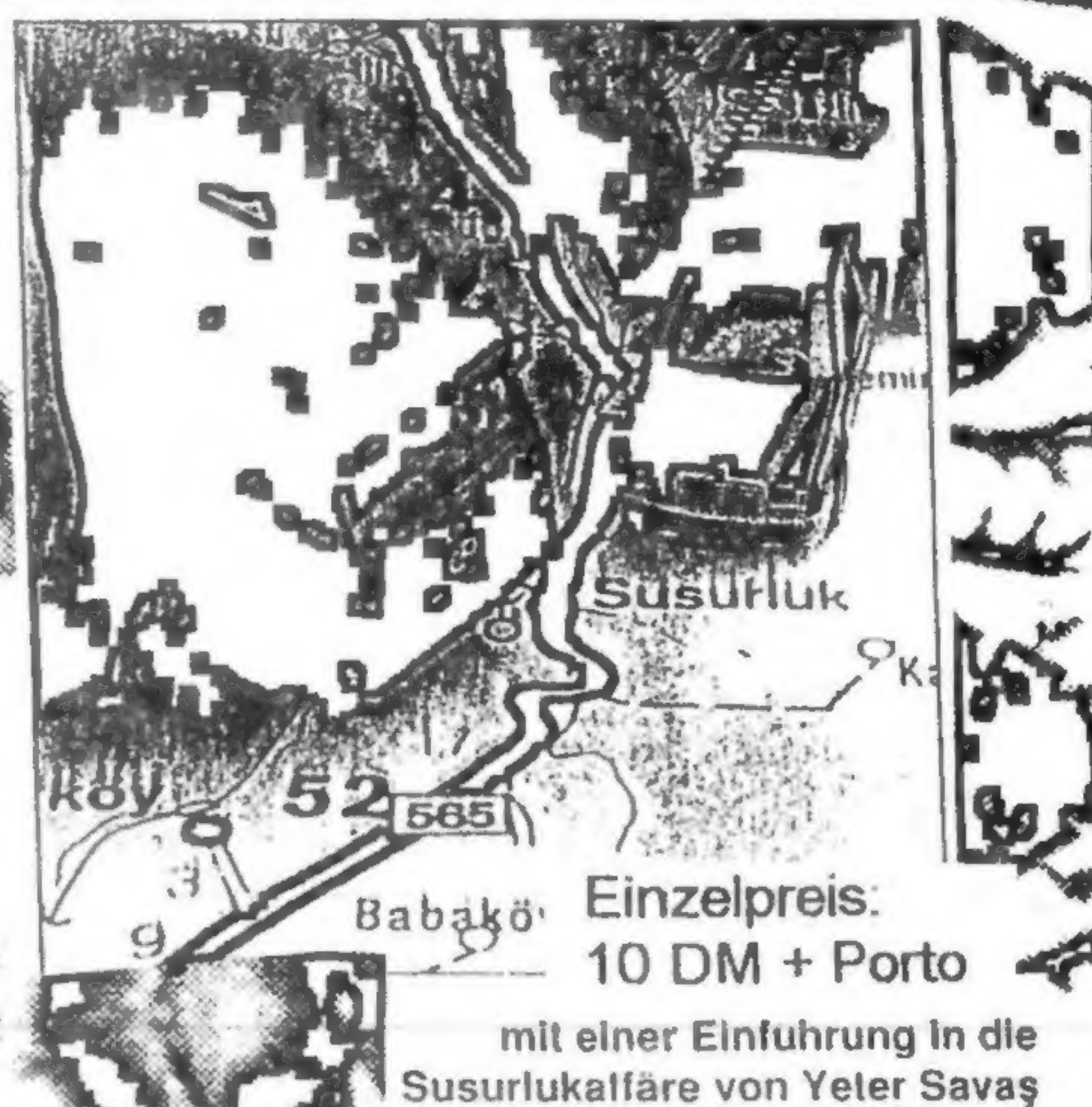
26. März Kurdistan

19.00 Uhr Film: Der verdrängte Krieg (1997)
Dokumentarfilm über den kurdischen Widerstand
Info und Diskussion: zur aktuellen Situation in Kurdistan mit einem Mitglied des türkischen Menschenrechtsvereins „IHD“ (angefragt)

Veranstaltungsvorbereitungsgruppe, c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin

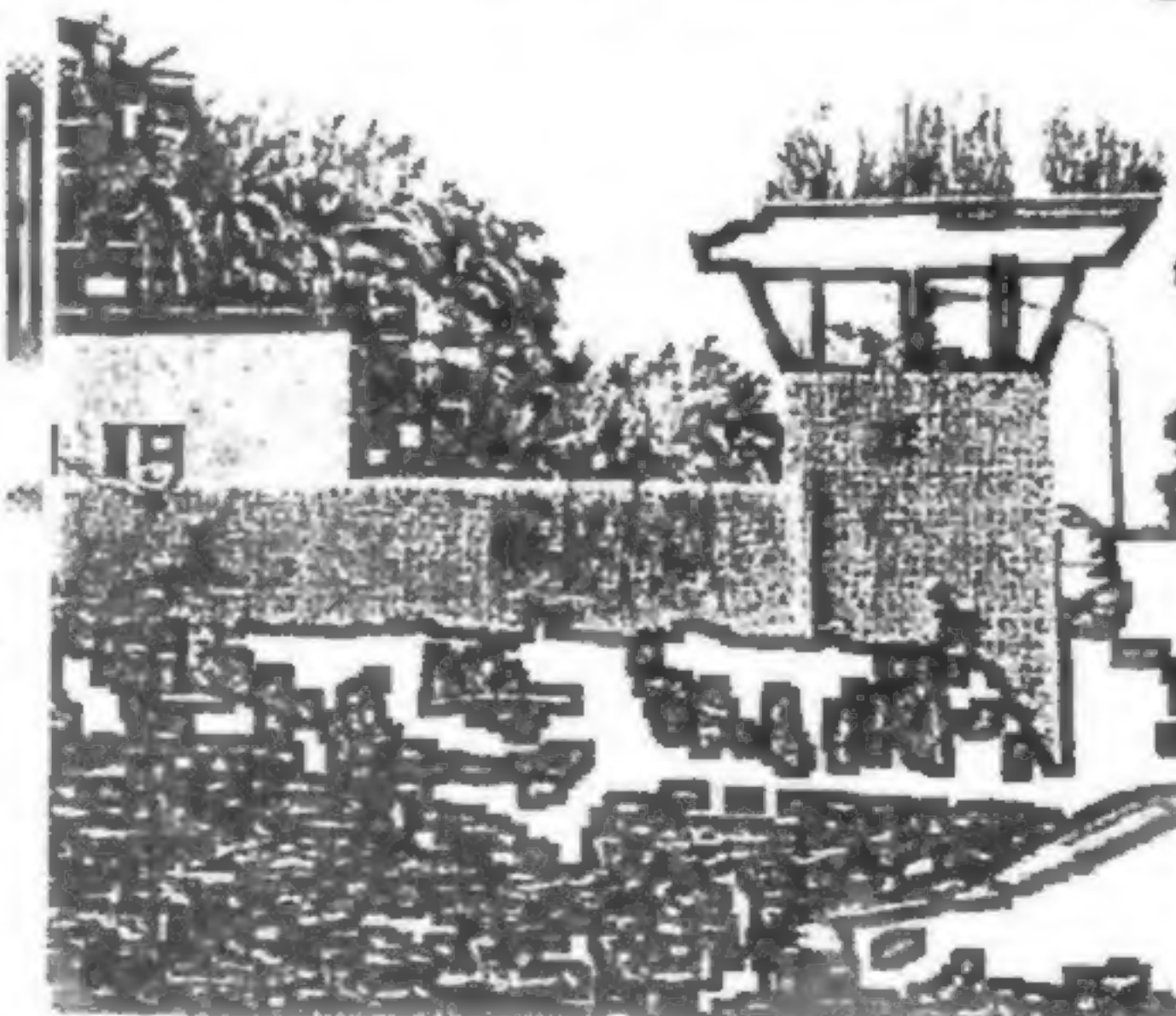
Bandenrepublik Türkei?

Der Susurlukbericht des Ministerialinspektors Kutlu Savaş



Bestellungen an:
PAPIERTIGER
Cuvrystr 25
10997 Berlin
TEI/FAX
030 - 618 30 51

Als das K.O.M.I.T.E.E. ein Osterei legte...



Der gescheiterte Anschlag auf den Berliner Abschiebeknast im April 1995 und die Folgen ... das Imperium schlägt zurück ... exil beginnt dort, wo die flucht aufhört ... militante perspektiven ... von köpenick nach kurdistan ...

Diese Broschüre gibt's zu kaufen!
Für 7,50 DM in allen gutsortierten Buch- und Infoläden oder per Bestellung* (solange der Vorrat reicht und zzgl. Portokosten) bei Mondschein e.V. Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin
*(Für Laden- und sonstigen Weiterverkauf gewähren wir die üblichen 30% Rabatt)

TS 14.1. 99

Kameraüberwachung der Magdeburger Innenstadt

MAGDEBURG (AP). Die Magdeburger Innenstadt soll künftig per Videokamera überwacht werden. Die Kameras sollen mit der Polizeidirektion verbunden sein und vor allem der Beobachtung der Verkehrsströme dienen, so daß bei Staus und Unfällen schnell Umleitungen ausgewiesen werden können. Bei Verdacht auf Straftaten sollen die Aufnahmen aufgezeichnet werden.

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN:

Am 1. März 1999
um 19.00 Uhr,
im A-LADEN,
Rathenower Straße 22
(Berlin-Moabit)

Vortrag:
Die Gründung der Komintern

Film:
Die III. Internationale

anschließend Diskussion

**Widerstandswochen
Karlsruhe**

6.3.-26.3.99

**Antifa-
Kollektiv
Maus**



**Infoladen
Fistv**

SA 6. März '99

Eröffnung der Ausstellung
mit Bernd Langer
Mit Diavortrag und Theater
„Szenen aus der Geschichte
des Widerstandes“

Café Palaver, Steinstraße 23
Beginn: 18.00 Uhr (3,- UKB)

SO 14. März '99

Filmvorführung „Sobibor“ -
Vortrag zu Widerstand in
Konzentrations- und
Vernichtungslagern
Anschließend evtl. Diskussion

AKK, Universität Karlsruhe
Beginn: 19.00 Uhr

SA 20. März '99

Diskussionsveranstaltung
mit Peter Gingold (VVN-BdA)
und Klaus Viehmann
„Formen des aktiven
Widerstandes“

„Steffi“, Schwarzwaldstr. 79
Beginn: 16.00 Uhr (3,- UKB)

FR 26. März '99

Informationsveranstaltung
mit Video- und Dia-Präsen-
tation über die faschistische
NPD/JN

DGB-Haus, Ertlinger Str. 3a
Beginn: 19.00 Uhr

Die Ausstellung „Kunst als Widerstand“ ist vom 6.-26.3.99 im Café Palaver frei zu besichtigen.

Eine Abendveranstaltung des Bildungswerks
Berlin der HBS

**Reaktion, Reform oder
Revolution in Mexiko**

Der 4. März ist in Mexiko ein besonderer
Jubiläumstag. Die Staatspartei PRI (Partei der
Institutionalisierten Revolution) feiert den 70.
Jahrestag ihrer Gründung und Regierungs-
übernahme. Damit ist sie die am längsten
ununterbrochen regierende Partei der Welt.
Der Geburtstag fällt aber in eine Zeit der
gesellschaftlichen Krise und enormer
Legitimationsprobleme für die „ewige“
Regierungspartei.

Im Jahr 2.000 stehen die nächsten Präsi-
dentschaftswahlen an. Bereits in den letzten Jahren
bröckelte das PRI-Machtmonopol, 2.000
könnte es endgültig zum politischen Wechsel
kommen. Aber es gibt auch Gegen Tendenzen.
Ist ein Widererstarben der PRI auszumachen?
Was macht die katholisch-konservative
Opposition (PAN)? Wie stark ist die PRD und
wohin geht sie? Wie ist die Position der EZLN
in den Gemeinden, und welche Ausstrahlung
hat sie auf andere Bewegungen? Wie ist die
Position der Guerillas EPR und ERPI?
Aus aktuellem Anlaß wird auch über die
Situation im Bundesstaat Guerrero informiert.
Dort wurde der linke PRD-Kandidat Felix
Salgado bei den Gouverneurswahlen Anfang
Februar durch einen Wahlbetrug um den Sieg
gebracht. Die PRD will den Sieg der PRI nicht
anerkennen, die Guerillas EPR und ERPI
haben Aktionen angekündigt, die Regierung
hat 6.000 Soldaten nach Guerrero verlegt ...

Mit: Dario Azzellini und Boris Kanzleiter

3. März 1999, 19.00 Uhr
im Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin

Ein Tagesseminar des Bildungswerks Berlin
der HBS

*Mar für
Frauen*

**Frauenbewegung und
Feminismus in Mexiko**

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend ist in
Mexiko viel in Bewegung gekommen. Von
Europa aus kaum wahrgenommen, spielen
Frauen in den verschiedenen sozialen und po-
litischen Prozessen eine entscheidende Rolle.
Die Lebensrealität Mexikos reicht allerdings
von landwirtschaftlich geprägten indianischen
Gebieten bis zu urbanen Zentren, darunter
auch México DF, die größte Stadt der Welt.
Wie geht die Frauenbewegung mit diesen
Unterschieden um? Gibt es eine Frauenbewe-
gung oder sind es viele Frauenbewegungen?
Wie finden frauenspezifische Forderungen
Eingang in den von breiten Teilen der Bevöl-
kerung angestrebten Demokratisierungs-
prozeß? Welche Rolle spielen Frauen in den
Oppositionsbewegungen? Diesen und anderen
Fragen soll gemeinsam mit Aktivistinnen der
mexikanischen Organisation K'nal Antsetik
(Land der Frauen) nachgegangen werden.
Vor Ort wird es eine Ausstellung von
Handwerkskunst aus verschiedenen Organi-
sationen indigener Frauen geben, sowie eine
Ausstellung von Plakaten junger mexikani-
scher Frauen und der Veröffentlichungen von
K'nal Antsetik.

- Die Situation der Frauen in Mexiko am Ende
des Jahrtausends - Nellys Palomo
- Indigene Frauen in Mexiko: Organisation,
Vorschläge, Forderungen - Nellys Palomo und
Marta Sanchez
- Junge Frauen und die feministische
Bewegung - Mit Berenice Hernández

6. März '99, 11.00-19.00
im Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin

**Zitty - Soli - Tour
sucht neue Gruppe/n**

Wir suchen eine Gruppe, die einen Abend
pro Monat (oder alle 2 Monate) ca. 5 Stunden
lang im Handverkauf in Kneipen in '61 das
Stadtmagazin Zitty verkauft.
Der Erlös - momentan ca. 200 Mark pro Tour -
soll für Solizwecke verwendet werden.
Seit über 10 Jahren wird die Zitty in Kreuzberger
Kneipen zu Solizwecken verkauft. Früher fuhren
alle gemeinsam für die Knastkasse, heute bestimmen
sie ca. 8 Gruppen selber, welches Projekt sie mit dem
Erlös unterstützen.
Falls ihr Interesse habt, meldet euch unter
6185773



Solikonzerzte

12. März	Berlin	KÖPI	21:00
14. März	Hamburg	Rote Flora	
ab 16:00	VoKu	ab 21:00	Konzert
17. März	Halle	Ludwigstr.	21:00
19. März	Potsdam	Baumanns	21:00

FRAUENLESBENFEST

Zum

INTERNATIONALEN FRAUENKAMPFTAG

mit PROGRAMM:

Festa
danza
musica

OTWARTE GRANICE DLA WSZYSTKICH
GRENZEN AUF FÜR ALLE

MUSIQUE
DANSE

Auf Zum
Anderen
Ufer

Gehen Sie
über Ihre
Grenze

Muz k... y... m dance

Taniec
muzyka
Zabawa

baile fiesta
Musica

Sa: 6. März 99 ab 20.00 Uhr

(Mit Programm) **Im SO 36**



Oranienstr. 190/Heinrichstr.

Bus 129, 140 -U1 bis Görlitz, U8 bis Kottbusser Tor

Fahrdienst - Tel 61401306, bis Freitag 5.3. 15.00 anmelden

Eintritt: 10,- DM (Ermäßigung möglich)

Die Einnahmen gehen an das Solikonto zur Unterstützung illegalisierter Frauen

8. März, FrauenLesbendemonstration, 18,00 Heinrichplatz,
ab 20.00 Uhr Frauenabend im EX, Gneisenastr. 2a (U.B. Mehringdamm)